

Volksrecht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Der „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksrecht“, Neue Gravenstraße 5 und Friedländerstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Einzelheft 10 Pf., Monatspreis 2,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch den Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf., das feste Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Belagerungszustand über Madrid

andauer und Verschärfung der Unruhen — Mehrere Klöster verbrannt — Große Wut des Volkes über die monarchistische Provokation — Die monarchistische Aufwühlung bewiesen

Madrid, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht). Die Unruhen vom Sonntag nahmen am Montag mit immer größerem Charakter ihren Fortgang. Die Volksmüt richtet in erster Linie gegen die Klöster. Am Montag nachmittag fanden sechs Klosterkomplexe in Flammen, darunter die des Ordens der Jesuiten auf der Granvia. Der in Permanenz tagende Ministerrat beschloß am Montag nachmittag, in Anbetracht der durch die monarchistischen Provokationen hervorgerufenen Unruhen den Belagerungszustand zu verhängen und die Pforten zu schließen. Um 11 Uhr ließ die Regierung offiziell erklären, daß sie mit aller Härte durchgreifen werde und sich dabei insbesondere auf die in ihr stehenden politischen Parteien und Gewerkschaften stützen werde. Die Regierung hat Beweise dafür, daß Unruhen von rechts organisiert wurden und die monarchistischen kommunistischen Elementen im Einvernehmen handeln. Die monarchistische Partei und die Gewerkschaften verteilten ihre Anhänger am Montag nachmittag zur sofortigen Wiederannahme der Arbeit auf. Während des Ministerrats erschien eine durch den Freund des Reichs, den Reichsanwalt Rada, geführte Abordnung, die folgende Forderungen stellte: sofortige Auflösung der Guardia-Civil, Abschaffung der Konsens- und Zensurgesetze, Freilassung der Konsens- und Zensurgesetze nach Waffen

und sofortige Bildung eines Volkstribunals. Falls die Regierung den Forderungen der Massen nach gerichtlicher Aburteilung der Vorkommnisse am Sonntag nicht nachkomme, seien die Massen nicht zu halten. Der Unterrichtsminister versprach die sofortige Wiederherstellung des Generals Berenguers, die Auflösung des obersten Kriegsgerichtes, das die Freilassung Berenguers durchgeleitet hatte und die Aburteilung der Minister der Diktatur.

Madrid, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). Der spanische Außenminister, der am Montag von Madrid nach Genf abgereist war, hat in Valladolid seine Reise unterbrochen und ist sofort nach der spanischen Hauptstadt zurückgekehrt, als er von den blutigen Zusammenstößen erfuhr. Der Außenminister ist gestern abend in Madrid eingetroffen.

19 Jesuitenklöster verbrannt

Madrid, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). In Madrid fanden am Montag abend insgesamt neunzehn Jesuitenklöster in Brand, die von Demonstranten angezündet worden waren. Sämtliche Klöster sind verloren.

Ausdehnung der Osthilfe auf größere Teile Niederschlesiens

in Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums — Zustimmung der Reichsregierung erfolgt

Berlin, 11. Mai. (Eigener Bericht). In der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums vom 11. Mai wurde beschlossen, daß zu den Gebieten, die schon bisher in die Ostentlastung aufgenommen und der Osthilfe einbezogen waren, folgende niederschlesische Kreise hinzutreten sollten: Habelschwerdt, Heide, Waldenburg-Stadt und -Land, Reichenbach, Landesberg, Breslau, Oels, Trebnitz, Wohlau, Steinau und die in der Ober gelegenen Teile der Kreise Brieg und Ohlau. Es wird eine Gewerbesteuerentlastung von 10 % und eine Senkung der ländlichen Grundvermögensteuer von 20 %. Die Uebereinstimmung der Reichsregierung mit diesen auf Grund der Vorverhandlung zwischen Preussischer Regierung gefaßten Beschlüssen dürfte in naher Zukunft erfolgt sein.

Prüfung eine gemischte Kommission vorgezogen. Dagegen hat die Staatsregierung es abgelehnt, sich in der Würdigung der politischen Bedeutung als solcher einer richterlichen oder schiedsrichterlichen Instanz zu unterwerfen. Schulfragen werden in dem Vertrag ebenso wenig berührt wie in dem Kontrakt mit der katholischen Kirche. Hinsichtlich der Ernennung von Theologieprofessoren wird den Kirchen in dem Vertrag eine gütliche Anhörung vor deren Ernennung gewährleistet. Ein Recht, die Abberufung oder Versetzung eines Professors zu verlangen, steht ihnen nicht zu.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags wird sich am Dienstag mit dem Vertrag befassen.

Als Anwendungsgebiet für die gewerblichen Ostentlastungen auf Grund des Ostentlastgesetzes beschloß auch der Vorbesprechung zwischen Reich und Preußen das preussische Staatsministerium, das gesamte rechts der Oder gelegene preussische Staatsgebiet sowie die links der Oder gelegenen Gebiete von Niederschlesien und die Städte Stettin und Frankfurt a. O. vorzusehen.

Die Nichterhebung der Aufbringungssteuer ist Niederschlesien mit Ausnahme der Kreise Hoyerstadt, Rothenburg, Görlitz-Lauban, Löwenberg, Schönau, Gabel, Hagnau, Lüben, Sprottau, Sagan und Bunzlau in Aussicht genommen. Die Nichterhebung soll jedoch nur Unternehmer betreffen deren Betriebsvermögen an dem für die Vermögensfestsetzung maßgebenden Stichtag 500 000 Mark nicht übersteigt.

Der Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen unterzeichnet

Am Montag vormittag um 11 Uhr wurde im preussischen Staatsministerium der Staatsvertrag des Reichs mit den evangelischen Kirchen unterzeichnet. Den Abschluß dieses Vertrages begründet die Staatsregierung mit dem Auftrag des Landtages vom Juli 1928 nach der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und evangelischer Kirche paritätisch auch mit den evangelischen Kirchen zu verfahren. Nach dem Vertrag gewährt der Staat den evangelischen Kirchen jährlich eine Dotation von 10 000 000 Mark. Ferner darf nach dem Vertrag zum Vorsitzenden der Synode der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde sowie zum Inhaber eines kirchlichen Amtes, dem der Vorsitz über die Amtswahl auf den Vorsitz einer Synode übertragen ist, niemand ernannt werden, von dem nicht die zukünftige kirchliche Stelle durch Anfrage bei der preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß er sich politischer Art gegen ihn nicht bezieht. Es ist ausdrücklich festgestellt, daß nur konsistorielle und nicht kirchliche oder kirchliche Bedenken von der Staatsregierung in Betracht kommen dürfen. Wird die Wichtigkeit derartiger Bedenken von der Kirche bestritten, so ist für ihre nähere

Briand nimmt die Kandidatur an

Trotz großer Bedenken — Doumer hält seine Kandidatur aufrecht

Paris, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht). Briand hat sich auf Grund der Demarche, die eine Abordnung von Radikalen der Links- und Mittelparteien am Montagabend zwischen 18 und 19 Uhr bei ihm unterzeichnet, bereit erklärt, die Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen.

Der Delegation gehörten außer Mitgliedern der verschiedenen Kammerfraktionen einschließlich der Linksrepublikaner, die u. a. durch Handelsminister Standin vertreten waren, zahlreiche radikale Senatoren, wie Cail্লাuz, Steeg und Albert Sarrant an, die gemäß dem Beschluß der republikanischen Linken allerdings nur in ihrem persönlichen Namen erschienen waren. Wortführer der Delegation war der 83 jährige Abgeordnete der radikalen Linken Thomson, der Briand auseinandersetzte, daß es sich bei seiner Kandidatur um die Vollbringung einer nationalen Tat handele, die die große Mehrheit des Parlaments von ihm verlange.

Briand erwiderte, er habe Bedenken, die Kandidatur anzunehmen. Die Kammer habe sich erst am Sonntagabend mit großer Mehrheit für seine Friedenspolitik ausgesprochen und er glaube, daß er im Außenministerium besser am Platze sei, um dafür sorgen zu können, daß die bisherige Außenpolitik unverändert fortgeführt werde. Als Außenminister sei er in der Lage, jede Regierung von der Notwendigkeit einer solchen Außenpolitik zu überzeugen, während er als Präsident der Republik sich größere Zurückhaltung auferlegen müsse.

Die Abgeordneten Thomson und Painlevé wiesen gegenüber den Bedenken Briands darauf hin, daß das Ansehen Frankreichs in der ganzen Welt erhöht werden würde, wenn die Nationalversammlung ihn den Namen des Friedens zum Präsidenten der Republik wählte. Auf Grund dieser Auslegung seiner Kandidatur erklärte sich Briand schließlich bereit, dem Rufe der Delegation Folge zu leisten und sich für die Präsidentenwahl zur Verfügung seiner Freunde zu stellen. Kurz nach dem Empfang der Delegation erließen Ministerpräsident Pavaï um Briand zu seinem Entschluß zu beglückwünschen. Etwa 15 Mitglieder der Delegation begaben sich nach dem Besuch bei Briand unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Steeg und des Abg. Thomson vom Quai d'Orsay zum Palais Luxemburg, wo sie den Senatspräsi-

Oesterreichisch-italienischer Wirtschaftsvertrag

Rom, 11. Mai. (Eig. Drahtb.) Die hier geführten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Oesterreich und Italien haben jetzt zu dem Abschluß eines grundsätzlichen Abkommens geführt. Danach wird der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern künftig besonders durch Kreditverrichtungen, die Italien gewährt, eine Verstärkung erfahren. Außerdem sieht das Abkommen eine Vereinbarung über die gegenseitige Ermäßigung aller Frachtgebühren vor.

Die Reichsregierung war über den Gang der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien genau unterrichtet.

Goebbels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt

Die Große Strafkammer des Landgerichts II verurteilt den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Dr. Weich zu zwei Monaten Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte in fünf Fällen, während in einem Falle auf Freisprechung erkannt wurde.

Italiens Schandjustiz bleibt

Rom, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). Die italienische Kammer hat den Gesetzentwurf zur Abschaffung des Ausnahmegerichts zum Schutze des Staates bis 1938 angenommen. Das italienische Ausnahmeverfahren kennt keine Frei- oder Zwangsmaßnahmen. Ausnahmeurteile werden in dem Augenblick, in dem sie gesprochen sind, rechtskräftig.

Ueberfall auf den Rasse-Professor Günther

Jena, 11. Mai. Am Sonnabend gegen 23,45 Uhr wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf den in Jena, Dietrichsweg 23, wohnenden Universitätsprofessor Dr. Hans Günther, den bekannten Rassenforscher, ein Ueberfall verübt. Der Täter, der dem Professor und dessen Frau auf dem Nachhausewege unauffällig gefolgt war, gab — vor der etwas abgelegenen Wohnung — drei oder vier Schüsse ab, von denen einer den Professor am linken Oberarm traf. Die zur Tat benutzte Pistole — ein spanisches Fabrikat — wurde von dem Verbrecher in der Nähe des Tators weggeworfen; sie enthielt noch drei Patronen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Die Pariser Presse zu Briands Kandidatur

Paris, 12. Mai. (Eigener Funterbericht). In der Presse wird die Kandidatur Briands für die Präsidentenwahl allgemein begrüßt. Einige rechtseingestellte Blätter wie das „Journal“ bewahren Zurückhaltung. Die radikalere Presse, voran das „Echo de Paris“ und der „Figaro“, bekämpfen die Kandidatur. Das „Echo de Paris“ hofft, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung die Gefahr einer Wahl Briands noch erkennen und sich allein durch das Interesse des Vaterlandes leiten lassen werde. In derselben Zeitung erklärt Vertimay, daß die Wahl Briands ernste Folgen für die Außenpolitik Frankreichs haben werde. Bisher sei Briand bei

denen Doumer aufforderten, nach der zugehenden Antwort Briands seine Kandidatur zurückzuziehen, um der Wahl des Außenministers einen einheitlichen nationalen Charakter zu geben. Doumer lehnte dieses Ansuchen ab und erklärte, er überlasse die Entscheidung der Nationalversammlung.

Der frühere Ministerpräsident Painlevé und Finanzminister Lyautey haben Briand am Montag im Auftrag ihrer Fraktionen dringend gebeten, für die Präsidentenwahl zu kandidieren. Nach der Unterredung erklärte Painlevé, er glaube, daß Briand die Kandidatur annehmen werde, wenn auch ohne große Begeisterung.

der Durchführung seiner Außenpolitik von Poincaré und Doumergue überwacht und etwas zurückgehalten worden. Briand wird nach seiner Wahl gemeinsam mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval nach Genf reisen.

Paris, 12. Mai. (Eigener Fundbericht.)

„Javas“ teilt mit, daß der Beschluß des Außenministers, für die Präsidentschaft zu kandidieren, seine Absicht, sich am 15. Mai nach Genf zu begeben, in keiner Weise ändere. Wenn Briand am Mittwoch in Versailles gewähnt werde, so halte er es für einen Akt der Höflichkeit, sich von seinen Kollegen des Organisationsausschusses für die europäische Föderation zu verabschieden und sie zu bitten, einen neuen Präsidenten zu ernennen. Immerhin würde der Aufenthalt Briands für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten sehr kurz sein. Er würde sich weder an den Arbeiten des Studien-Ausschusses für die europäische Union, noch an denen des Völkerbundes beteiligen.

Der Kampf um den Brotpreis

Berliner Brotpfabriken streuben sich — Schiele verhandelt weiter
Was ist mit den anderen Städten?

Im Reichsernährungsministerium haben am Montag zwecks Entlung des Brotpreises Verhandlungen mit den Berliner Brotpfabrikanten stattgefunden. Die Berliner Bäcker haben in der vorigen Woche zu verlangen, den Preis von 50 auf 47 Pfennig herunterzusetzen. Damit ist das Bäckertum immer noch um einen Pfennig teurer als vor der Brotpreis-erhöhung. Andererseits läßt sich feststellen, daß die Gewinnspanne bei den Bäckern gegenüber dem Winter immer noch um einen Pfennig höher liegt.

Die Preisverminderung der Bäcker wollen die Brotpfabriken nicht mitmachen. Sie führen für ihre Weigerung verschiedene Gründe ins Feld, u. a. den, daß die Regierung das verbilligte Mehl den kleinen Bäckern in die Werkstätten und damit in den Laden liefert, während die Brotpfabriken eine Belastung durch die Verteilung des Brotes aus der Brotpfabrik an die verschiedenen Ladengeschäfte in der Stadt auf sich zu nehmen haben. Es ist die alte Sache, daß die Brotpfabriken billiger produzieren als die Bäcker, daß aber bei den Bäckern die Verteilung billiger ist als bei den Brotpfabriken. Immerhin ist diese Belastung nicht so groß, als daß die Berliner Brotpfabriken das Brot nicht ebenso billig abgeben könnten, wie die Berliner Bäcker. Der Berliner Bauernverein hat am Montag seinen Preis für ein Dreipfundbrot von 49 Pf auf 47 Pf herabgesetzt und hat damit wieder den kleinsten Brotpreis seit dem Winter erreicht. Was die Berliner Konjunktionsgesellschaft tun kann, müssen die anderen Brotpfabriken, sofern sie einigermaßen leistungsfähig sind, auch können.

Wir müssen verlangen, daß der Reichsernährungsminister Schiele die Brotpfabriken zu einem verbilligten Brotpreis zwingt, und zwar kann eine Verbilligung um drei Pfennig nicht genügen. Es muß eine Verbilligung auf den alten Preis — das ist eine Ermäßigung um vier Pfennig — erfolgen. Die Sozialdemokratie, unter deren Druck der Reichsernährungsminister mit der Preis-entlastung erst ernst gemacht hat, wird mit diesem Druck nicht nachlassen, bis die Brotpreis-erhöhung bis zum letzten Pfennig rückgängig gemacht ist. Dazu ist allerdings notwendig, daß die Zollentlastung in kürzester Frist billigeres Weizenmehl schafft. Wir betonen nochmals, daß es mit der Brotpreis-entlastung in Berlin allein nicht getan sein kann. In großen Städten ist ebenso wie in Berlin der Brotpreis erhöht worden. Hier muß die Preisentlastung ebenfalls eintriften. Der Reichsernährungsminister muß ebenso wie in Berlin seine Maßnahmen einleiten. Sollten die Roggenbestände der Stützungsstellen nicht ausreichen, dann muß auf den billigen Auslandsroggen z. B. den Russenroggen zurückgegriffen werden. Wir nehmen an, daß sich die Regierung bereits entsprechende Vorräte zu billigen Preisen gesichert hat, um auf jeden Fall gerüstet zu sein.

Wieder ein Reinfall Friedts

Der aus Thüringen dasongekommene Nazi-Minister Fried hatte die Münchener „Jugend“ noch kurz vor seinem Abgang wegen Beleidigung der thüringischen Polizei verklagt. Der verantwortliche Redakteur des Blattes und ein mitverklagter Zeichner wurden am Freitag freigesprochen.

Die Münchener „Jugend“ hatte zur Zeit des Konflikts zwischen Fried und dem Reichsinnenministerium eine Serie von 6 Bildern veröffentlicht, die unter der Überschrift „Aufnahme-prüfung für die Thüringer Landespolizei“ verbrecherische Ausschreitungen nationalsozialistischer Kommandos satirisch darstellte. Fried schickte sich dadurch beleidigt und ließ zum Kabi. aber die Strafkammer des Münchener Landgerichtes lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab. Das oberste Landesgericht hob diesen Beschluß auf. Da Fried nicht wegen Beleidigung seiner Person, sondern der Thüringer Polizei geklagt hat, führten die Beflagten den Nachweis, daß die beiden Zeichnungen zum Ausdruck bringen wollten, wie die Thüringer Polizei aussehen würde, wenn sie aus Nationalsozialisten bestünde. Zwei Sachverständige gaben ihr Gutachten zugunsten der Beflagten ab. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von

Gegenden Mißbrauch des Mandats

Die Bestimmung der Reichsverfassung, nach der Beamte zur Ausübung ihres Mandates als Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages seines Urlaubs bedürfen, wird nach den neuen Richtlinien der Reichsregierung in Zukunft strenger als bisher gehandhabt. Sie soll nur noch gelten für die Zeit der eigentlichen Tagung oder einer kurzfristigen Vertagung des Parlaments. Als kurzfristig gelten Vertagungen, die nicht länger als vierzehn Werktage dauern. Während einer langfristigen Vertagung liegt nach den neuen Richtlinien eine parlamentarische Tätigkeit nur dann vor, wenn der beamtete Abgeordnete an Sitzungen eines Parlamentsausschusses, an Fraktionsberatungen oder an Wählerversammlungen teilnimmt.

Entsprechend den neuen Richtlinien hat der Reichsfinanzminister verfügt, daß alle beamteten Abgeordneten aufzufordern sind, ihre Dienstgeschäfte sofort aufzunehmen, wenn eine langfristige Vertagung des Parlamentes vorliegt.

Der Bankrott der Schule

Am der Untersekunda eines süddeutschen Gymnasiums ein junger Lehrer seine Schüler in den Schiller-Idealismus ein. Um zu prüfen, wie weit die Schüler den Schwung der idealistischen Gedanken Schillers eingeleitet seien, stellte er ihnen folgendes Aufsatzthema: „Wie ist Deutschlands Wiederaufstieg denkbar.“ Er erwartete natürlich Anknüpfung an den Idealismus der großen Weimarer Kosmopolitischen Ideen der deutschen Klassiker. Es kam von zwanzig Aufsätzen waren jedoch nichts anderes als sinnige Wiederholungen nationalsozialistischer Propagandaschriften. Einer der Sechzehnjährigen schrieb:

„Der Krieg hat uns zerschmettert, der Krieg soll uns aufrichten. Einen Krieg, ein Massenmorden willst Du? Ja, denn ohne Krieg geht es bei der Menschheit nicht. Tierische hat immer noch die Oberhand im Menschen. Der Zuwachs unserer Hitlerbewegung sagt mir, daß die Entlichtkommen muß. Sie wird sich in unserm Vaterland die Ober verschaffen. Wohl wird dieser Bürgerkrieg viel Blut kosten, wird jedoch nicht umsonst fließen.“

Ein anderer leistet sich folgendes: „Die Nationalsozialisten werden unser Vaterland aus dem Elend, in das es während Krieges durch eine gewisse Klasse und nachher auch in der Sache durch fette Bonzen geführt worden ist, herausheben und emporkühren.“

Ein Dritter schreibt: „Und erst die Scheidemänner, die Brüningmänner, die Kuselje des Volkes, die täglich und überhoben deutschpöhlisch denkenden Menschen sein, die Köpfe der genannten Herren rollen zu sehen. Die nächste Aufgabe wird den Freimaurern und Jesuiten und anderen Rattenleuten zu empfehlen, von den auserwählten Wälfenjöhnen der Bolschewiki gar nicht zu reden.“

Schließlich ein Vierter: „Der Berliner Polizeipräsident auch ein eingewandertes Jude, der gehört natürlich abgehängt und ein Deutscher muß das Amt übernehmen, wenn wir kommen wollen.“

In sechzehn von zwanzig Schulaufsätzen hat sich in dieser Weise die Denkart der sechzehnjährigen Gymnasialisten äußert. Es ist die Enttötung des vollständigen Bankrotts höherer Schule in Deutschland. Kein Zweifel, daß ein Teil Schullehrer daran schuld trägt. Hat die Republik an den Anstalten zur Heranzüchtung der Mordgesinnung irgend Interesse?

Curtius bei Sindenburg

Besprechung des Kabinetts über Genf.

Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag über bevorstehenden Genfer Verhandlungen.

In der Montag-Sitzung des Reichskabinetts wurde unter dem Vorsitz des Reichstanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten und des Reichsstatenrats des Europa-Ausschusses und des Reichsminister des Auswärtigen gab eine eingehende Webersicht über die zur Verhandlung stehenden Fragen, an die sich eine Erörterung anknüpfte. Die Besprechung wird fortgesetzt.

Amerikas Gewerkschaften gegen die jetzige Regelung der Prohibition

New York, 9. Mai (Eigener Drahtbericht.)

Die zur Behandlung der Prohibitionsprobleme nach Philadelphia einberufene Sonderkonferenz der American Federation of Labor schloß die Verhandlungen mit einem einstimmig angenommenen Bericht ab, in welchem der gegenwärtigen Prohibitions-gesetzgebung scharfster Kampf angesagt wird. Sämtliche arbeitsenden Gewerkschaftsführer forderten die Abschaffung der Prohibition und stimmten einem Kampagneplan zu, Grund dessen der gewerkschaftliche Kampf gegen das Alkoholverbot geführt werden soll. Die Konferenz stand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der American Federation of Labor, William M. O'Connell. Unter den Konferenzgästen befand sich der Kongreß-Abgeordnete William Tierney aus Connecticut, der während seiner Wahl erklärte, daß das Prohibition-Gesetz kein Platz in der Verfassung der Vereinigten Staaten haben könne. Tierney betonte ferner, daß man darauf hinarbeiten müsse, die Prohibitions-gesetze auf verfassungsmäßigem Wege wieder los zu werden, gab aber gleichzeitig zu, daß ein derartiges Verfahren Jahre in Anspruch nehmen werde.

Hitler für Locarno

Ein Sonderbeiratsmitglied des „Daily Express“ hat in München eine Unterredung mit Hitler gehabt. Nach dem Bericht des „Daily Express“ hat Hitler dabei ausgeführt:

„Er verlange nicht die Wiederherstellung der deutschen Kriegsgrenzen, auch nicht die Rückgabe der verlorenen Kolonien. Aber er fordere, daß Deutschland gleichberechtigt behandelt werde. Die überschüssigen Millionen Deutschlands müßten die Möglichkeit haben, sich in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen auszudehnen. Man müßte ihnen gestatten, die Hilfsquellen auszunutzen, die jetzt infolge der böswilligen Mißwirtschaft brach liegen.“

Das ist die Anerkennung des Locarno-Vertrages, der Verzicht auf Elb-Lothringen in aller Form! Warum führt die Partei des Herrn Hitler immer noch Kadaverpropaganda gegen die Locarno-Politik, wenn ihr Oberhaupt sich auf dem Boden des Locarno-Vertrages stellt?

Die Äußerungen des Herrn Hitler bedeuten eine bemerkenswerte Schwendung. Er steht nicht mehr mit dem Rücken gegen Osten, das Gesicht nach Westen, sondern gerade umgekehrt. Man könnte beinahe sagen, Herr Hitler habe sich zu Herrn Reichsberg bekehrt!

Der Vollständigkeit halber fügen wir hinzu, daß die Veröffentlichung des „Daily Express“, die bereits mehrere Tage zurückliegt, von Hitler in keiner Weise bestritten worden ist. Sie wird also stillschweigend als authentisch anerkannt.

Wüste Strawalle in einer Stadtverordnetenversammlung

Kreis und Nazis zerklüften das Mobiliar des Sitzungssaales
Karlsruhe, 11. Mai. (Eig. Drahtb.)

In der Karlsruher Stadtverordnetenversammlung kam es am Montag nach der Staatsrede des Oberbürgermeisters zu wüsten Krawallen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Rechts- und Linksradikalen traktierten sich gegenseitig mit Stühlen, so daß der Sitzungssaal schon nach kurzer Zeit ein einziges Trümmerfeld bildete. Als die Polizei erschien und Ordnung schaffen wollte, war kaum noch ein einziger Stuhl ganz. In den Auseinandersetzungen beteiligten sich auch die Galerien. Es gab mehrere Verletzte.

Natürlich haben die Nazis provoziert

Karlsruhe, 12. Mai (Eigener Fundbericht.)

Der gestrige Tumult im Karlsruher Stadiparlament entstand, als ein Nationalsozialist die Kommunisten als Verbrechergesindel bezeichnete. Als tiefer Ausbruch gefolgt war, drängten die Kommunisten gegen das Rednerpult vor. Einer der Angegriffenen schlug mit dem Leibriemen auf seine Gegner ein. Das war das Signal zu dem Bombardement mit allem, was nicht nie- und nagelsteif war.

Als die Saalpolizei beendet war, fand eine zweite Sitzung der Stadtverordneten unter polizeilichem Schutz statt. Der Etat wurde gegen die Kommunisten in Abwesenheit der Nationalsozialisten angenommen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann
[Copyright 1951 by Schlesierdruck G.m.b.H. Breslau.]

18) (Nachdruck verboten)

„Was soll's denn? Ich stecke gerade bis über die Ohren in einer wichtigen Arbeit!“ schrie Hinnerk zurück. Er wußte, daß der Ratsherr aus seinem Lehnstuhl nicht aufstand.

„Post!“

„Am! Komm' gleich!“

Gemächlich kroch er von seinem Stuhle herunter und begab sich ins Nebenzimmer. Den Federhalter, den er vorher in die Tinte getaucht hatte, trug er dabei noch in der Rechten.

„Na, einer muß doch hier sozusagen etwas tun!“ antwortete Hinnerk respektlos, als er den Ratsherrn in seiner bequemen Lage sah. „Was ist denn so Wichtiges los, daß man mitten aus der Arbeit herausgerissen werden muß?“

„Der Bürgermeister bietet sich zum Paten an!“

„Prima!“

„Tja! So'ne Taufe legt Verpflichtungen auf!“

Titus Trill erwog in Gedanken die Arbeiten, die mit diesen Verpflichtungen verbunden sein konnten. Dann sah er von selbst unten auf Thiessen. Er fand nicht rasch genug einen Anknüpfungspunkt, um die Sorgen auf die Schultern des anderen zu laden.

„Alles Glückwünsche?“ fragte Hinnerk und deutete auf den Briefstapel.

Titus Trill nickte nur.

„Das muß mit Stil beantwortet werden. Wenn ich sozusagen...“

„Tja! Sie haben den richtigen Schwung, Hinnerk. Sie wissen, wie eine Sache groß aufgezogen werden muß. Unser...“

Hinnerk strich sich über das wellige Haar, fuhr an den gekräuselten Koteletten entlang, zog den Bandschlips in gleichmäßige Schleifen und nickte zustimmend.

„Wenn das mein Junge wäre“, versicherte er zuletzt, „würde ich ihm den Aufstieg schon durch die Taufe ebnea. Das müßte eine Sache werden, daß man noch in einem halben Jahrhundert darüber redet. Sozusagen: Pudelwitz müßte Kopf stehen. Ohne Fassade ist nichts zu machen. Wer heute nach oben will, braucht die Resonanz der Masse. Unter dem Reichstagswahlrecht ist nichts anderes zu machen. Panem et Circus! Das heißt sozusagen: Das Volk hat zu entscheiden. Heute nicht mehr im Zirkus, sondern im Reichstag. Man muß für einen Prinzen — und das ist doch Ihr Junge! — aus der Taufe ein Volksfest machen.“

„Ich sehe schon: Sie verstehen die Sache, Hinnerk!“ erklärte freudestrahlend Titus Trill und schob den Briefstapel Hinnerk zu. „Arrangieren Sie was Gescheites. Natürlich so, daß die Kirche im Dorfe bleibt!“

Titus Trill wackelte mit Daumen und Zeigefinger.

„Dank für das Vertrauen, Herr Ratsherr! Da wollen wir gleich unserem Jungen eine Taufe herrichten...“

Die Wendung: „Unserem“ Jungen — gab dem Ratsherrn einen Stich. Aber Hinnerk war bereits mit dem Briefstapel ins Nebenzimmer gegangen.

„Erst wollen wir einmal das Schlachtfeld rekonoszieren!“ sagte Thiessen zu sich selbst und machte sich über die Briefe her. „Ah! Pastor Lämchen... Verdient ja auch dabei... Der Herr Pferdredaktor... verdient auch an unseren Pferden!... Hinnerk Mehlommel und Cottlieb Kalinke... Die Konkurrenz! Einer auf rosa Karte mit Vermögensnachricht, der andere mit blauer Karte und mit Heckenroslein! Müßen bei der Kuchenerlieferung bedacht werden!... Uhrmacher Leisegang. Gleichzeitig eine Offerte in Patengeschenken! Geschäftstätigkeit!... Christian Ossensiebt! Der muß auch eine Lieferung erhalten!... Danerlitzchen: Sogar der Herr Landrat!... Muß eingeladen werden!... Lehrer Ungewitter! Sogar mit einem Gedicht!“

Laßt donnern die Kartauen
Und schmettern die Posaunen
Und alle Menschen staunen:
Es liegt in weichen Daunen,
Geschenkt von Schicksalslaunen,
Ein edler Trill'scher Sproß!...

Schicksalslaunen?... Hm!... Von nichts wird nichts!“

Hinnerk schob die Briefe beiseite, zündete sich eine Pfeife an, goß das Glas wieder voll und entwarf auf einem Bogen weißen Papiers ein Programm.

„Wenn Könige bauen, haben die Kärrner zu tun!“ tröstete er sich, als der zwölfte Bogen in den Papierkorb versank.

Endlich war das Werk einigermaßen gelungen. Der Fechtzugplan lag vor. Er entbehrte nicht der Großzügigkeit. Es fehlte zum Kommenden nur der persönliche Adjutant. Der brauchte Hinnerk aus Bequemlichkeit und um sein Ansehen zu erhöhen.

Fritz Löpers, der Ladenstift, wurde für den Adjutantenposten als würdig befunden. Wenn er auch erst fünfzehn Jahre alt war, so eignete er sich doch ausgezeichnet zum Adjutanten, denn er machte sich über nichts Gedanken und konnte fix traben. Hinnerk schraubte sich auf dem Kommandosessel einige Windungen höher und rief nach Fritz Löper.

„Also, Fritz“, befahl Hinnerk von seinem Holzstuhl herab. „Erst gehst Du zu Zimmerer Stuhlenrauch. Er soll gleich einmal herkommen und das Bandmaß mitbringen. Dann läufst Du zum Stadtblatt. Herr Jan Feucht wird ergebenst hergehoben... Nein! Am Ende kommt er nicht. Jetzt wird die Zeitungsredaktion abgeschlossen. Sag: Ich lasse auf ein Viertelstündchen zu einer Flasche Portwein bitten. Dem kann er nicht widerstehen. Verstanden? Befehl wiederholen!“

Fritz Löpers, der ein Stammerbuck war, drockte die Aufträge zusammen.

„Bong! Aber eins sage ich Dir, Fritz: Schneidiges Auftreten! Als ob Du ein Leutnant wärest und ich ein General. Sozusagen! Und nun: Galopp!“

(Fortsetzung folgt!)

Im deutschnationaler „Reiniger“ entlarvt

bedet von Bestechlichkeit der anderen und ist selbst geschäftstüchtig — Die dritte Lesung des Etats

Berlin, 11. Mai.

Die Montag-Sitzung lehnte der Preussische Landtag zu dem kommunalistischen Antrag auf Aufhebung des Verbotens der „Fahne“ gegen die Stimmen der Kommunisten ab. Es folgte die dritte Lesung des Etats.

Abg. Lufassow (Dnat.): Wir denken nicht daran, an dem Zentrum um das Zentrum teilzunehmen, denn das Zentrum immer mehr demokratisch und republikanisch und in gewissem Sinne sogar international.

Abg. Jürgensen (Soz.): Die Bemerkungen des deutschnationalen Abgeordneten Lufassow über die Herrschaft der Minderheiten und die Bestechlichkeit haben meine Partei von dem folgenden Antrag einzubringen: Die Staatsregierung wolle dem Landtag ausarbeiten:

1. Herr Abgeordneter Lufassow im Jahre 1927 sich vom Bürgermeister der Stadt Neumittelwalde auf Kosten der Stadt für sechs Tage Tagelöhner in Höhe von 40 Mark je Tag hat auszahlen lassen, weil er zusammen mit dem Bürgermeister im Interesse der Stadt in preussischen Ministerien vorgeschrien hat.

2. Ob der Abgeordnete Lufassow für sein in Schweidnitz gelegenes Grundstück Hauszinsunterstützungen und Arbeitsbeschäftigungen sich hat zuwenden lassen, deren Gewährung nach Höhe und Zufälligkeit die bestimmungsgemäß vorgesehenen Beiträge weit übersteigen hat.

3. Ob der Abgeordnete Lufassow sich von der Wohnungs-Vereinigung in Oppeln, deren Geschäftsführung er wiederholt im Landtag angegriffen hat, persönliche Vorteile verschafft hat, die er lediglich durch seinen Einfluß als Träger eines Abgeordnetenmandates in Widerspruch zu den bestehenden Bestimmungen durchgesetzt hat.

4. (Zusammenfassung.) Sonst habe ich keine Veranlassung, mich gegen die Bewegung.) Sonst habe ich keine Veranlassung, mich gegen Herrn Lufassow auseinanderzusetzen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Nach dem 14. September gab sich ein Teil des Bürgertums in nationalistischen Hoffnungen, ein anderer Teil kleinlicher Ehrlichkeit hin. Nicht dieses Bürgertum, sondern die kleinlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten hat es ist, die schwere politische Krise zu überwinden, die eine der letzten Reichstagswahlen gewesen ist. Diese Krise ist ohne Wirkung auch auf den preussischen Staat geblieben. Wir haben viele wirtschaftliche Zustände zu stellen, manche kulturellen Mittel fehlen. Der Ausgangspunkt der preussischen Staatsinteressen aus wäre dringend erwünscht, zu einer Herabminderung der Steuern zu gelangen. Am Freitag hat uns der preussische Finanzminister auseinandergesetzt, daß seit der Reichstagswahl die Erlangung mittel- und langfristiger Kredite auch für Preußen unmöglich geworden.

Preußen gilt im Inland und Ausland als Hort der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit in Deutschland. Wir möchten deshalb glauben, daß die Verträge, größere Kredite zu erlangen, trotz Schwierigkeiten fortgesetzt werden sollten. Könnten wir eine Art Anleihe erlangen, dann müßten wir sofort zur Entlastung des Arbeitsmarktes Landgewinnungsarbeiten und Kultivierungsarbeiten in großem Maßstab vornehmen. Eine weitere dringliche Aufgabe wäre die Förderung der Siedlungstätigkeit. Bei der Siedlung sind wir besonders Gewicht einmal auf die Landarbeit und sodann auf die Innehaltung der gewerkschaftlichen Bedingungen bei der Vergebung der Arbeiten zur Errichtung Siedlungsgehöfte. Die Beschleunigung der Siedlungsarbeiten zur Behebung des Baumaterials führen, der sich durch enge Gemeinschaftsarbeit zwischen Reich und Provinz auch bei dem Wohnungsbau in den Städten neu anzubahnen wäre.

Für die allgemeine Besserung der Arbeitsmarktlage machen wir uns die Forderung der Gewerkschaften nach der Vierzig-Stunden-Woche zu eigen.

Politik der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel lehnen wir ab. Der Schutz der Landwirtschaft kann nur zugleich mit dem Konsumenten gefördert werden. Im übrigen muß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung endlich selbst dazu aufraffen, durch Umänderung des Abzuges ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu lindern.

Auf kulturellem Gebiet wünschen wir endlich die Hochschulen freizumachen von der noch jetzt in großem Umfang bestehenden Herrschaft der Minderwertigen. Wir bitten deshalb die Staatsregierung, zur Sicherung des künftigen der Begehren und Unterhaltsgelder auf keinen Fall weiter zu kürzen, wenn im nächsten Etat wieder zu erhöhen. Wir bitten auch den Unterrichtsminister dafür zu sorgen, daß

Das Elitenwesen an den Universitäten abgemildert wird, damit nicht länger aus dem Forschungs- und Lehrbetrieb vielfach die besten Kräfte ausgeschaltet werden. Die Meinungsäußerung für alle religiösen und weltanschaulichen Gruppen werden wir unbedingt und gegen jeden Feind verteidigen. Wir fordern für die Religionsgemeinschaften und die weltanschaulichen Verbände das gleiche Recht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Hingegen lehnen wir die rassenbestimmenden und brutalen Ausschreitungen der sogenannten Gottlosenbewegung rundweg ab. Wie wir einreden, daß die politischen Kämpfe sachlich und anständig abzuwickeln sind, so wünschen wir Anstand und Achtung vor jeder Partei. Überzeugung auch im weltanschaulichen Kampf. (Sehr gut! bei den Soz.)

In der Personalpolitik ist keine Partei bisher zu kurz gekommen wie die Sozialdemokratie. Wir sind noch längst nicht unserer Stärke entsprechend in der Beamtenschaft vertreten. Ebensovornig sind wir bisher bei der Verteilung staatlichen Mittel zu unserem Recht gekommen; die Sozialistische Arbeiterjugend, die Kinderfreunde, die Arbeiterwohlfahrt und die Arbeiterportebanden haben aus den staatlichen Mitteln bisher nichts erhalten, was ihnen eigentlich zuzufallen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Abweichungen vom alten Preußen erklären den Widerstand der Reaktion auf den preussischen Staat. Wir haben nicht bloß in Preußen vorzeitig zu wählen. (Hört! Hört! rechts.) Wir sind jetzt vor dem Wahlausgang, fordern weit uns die Teilnahme in der Stichwahlfront aufrechtzuerhalten und die Deutsche Volkspartei nach Thüringen zu führen. Wir haben wir schon beim Reichstagswahlkampf Strödelmann und andere bedeutende Parteimitglieder gegen die Verleumdungen und Kampagnen der Nationalsozialisten in Schutz nehmen müssen. Wir wollen immer der Wahltermin ist — die Sozialdemokratie im Wahlkampf ihren Mann stehen. Worum wir in Preußen gegen die Sozialdemokratie — für die sozialdemokratischen Forderungen, deren Erfüllung zur Überwindung der dringenden Not unerlässlich ist. Möge es unserer Partei gelingen, die Lage der werktätigen Massen zu verbessern und den deutschen Volk den Weg in eine glücklichere Zukunft freizumachen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Hübner (Ztr.) fordert härteres Vorgehen der Behörden und Gerichte gegen die Unfittlichkeit.

Abg. Dr. Neumann-Frohman (D. Sp.) und **Abg. Roscher (Soz.)** treten für die Revision des Young-Planes ein.

Abg. Sauer (Wirtschp.) Aus den 2 bis 4 Pfennigen Brot

preiserrhöhung brauchten die Linksparteien keine Staatsaktion zu machen. (Unruhe links.)

Minister Goering:

Als Kommunalaufsicht-Minister muß ich noch einmal auf den Inhalt der Finanzlage der Gemeinden hinweisen. Aber wir kommen praktisch nicht weiter, wenn wir Reich, Staat und Gemeinden gegeneinander ausspielen. Wir sollten auch nicht Sündenböden für die Vergangenheit suchen. Wahrscheinlich haben alle öffentlichen Körperschaften Ausgaben gemacht, die sie bei richtiger Erkenntnis der wirklichen Finanzlage zurückgestellt hätten. Wenn aber der Abg. Neumann-Frohman davon gesprochen hat, daß die Sozialdemokratie ihrer ganzen Einstellung nach mit öffentlichen Mitteln nicht sparsam wirtschaften könne, so ist das unerhört falsch. Wir werden uns vielleicht nicht ganz einig darüber sein, was richtige Sparsamkeit ist und was falsche. Aber ich habe mit Volksparteiern in der preussischen Staatsregierung und in der Reichsregierung zusammengearbeitet und habe weder hier noch dort Meinungsverstehenssachen über die Notwendigkeit der Sparsamkeit mit ihnen gehabt. Ich darf auch daran erinnern, daß die letzte Beamtenbesoldungserhöhung und die Arbeitslosenversicherung von einem Reichsministerium vorgeschlagen worden sind, in dem die Sozialdemokratie nicht vertreten war, wohl aber reichlich die Deutsche Volkspartei. Wenn wir den letzten Winter der fünf Millionen Arbeitslosen ziemlich alakt überstanden haben, ist das doch eben das Werk der deutschen Sozialpolitik. Darum lassen wir an ihrer Stelle nichts rütteln, weil wir nicht am Bestand des Staates und der Republik rütteln lassen wollen. (Abg. Gröter: Im nächsten Winter wird es ganz anders!) Im nächsten Winter werden vielleicht noch einige frühere Mittelkandidenten mehr froh darüber sein, daß wir für die Arbeitslosen sorgen. Gerade die Unsicherheit der heutigen Wirtschaftsverhältnisse sollte der Vertretung des Mittelstandes Anlaß geben, sich zur Sozialpolitik grundsätzlich neu einzustellen. (Sehr gut! links.)

Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften reichen aus, um Verletzungen der religiösen Anschauungen und Aberglauben entgegen der Darstellung des Staates entgegenzutreten. Auch die Polizei hat die Mittel, großen Ungehörigkeit und unkluger Geschäftemacherei entgegenzutreten. Wirtschaftlicher Schmutz und Schund verachten wir Sozialdemokraten mindestens so wie Volkspartei und Zentrum. (Sehr gut! bei den Soz.) Das hat mit Weltanschauung gar nichts zu tun. Aber die Mißstände werden überhäuft, es ist in den letzten Jahren wesentlich besser geworden. Ich hoffe, daß wir uns alle einig sind, daß eine Erziehung der künftigen Jugend nicht in Frage kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stimme mit dem verstorbenen Reichstagsmitglied Hönenlohe überein, daß man ein Volk nicht durch Strafgesetze zugehigt machen kann. Es handelt sich um eine Erziehungsaufgabe, die von dem geistigen Kern unseres Volkes ausgehen muß, und ich betrachte es als eine meiner vornehmsten Aufgaben, den Gesundungsprozess mit allen geeigneten Maßnahmen zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Bord (Dnat.): Immer weitere Volksteile beklagen mit uns die Verwilderung der Jugend.

Abg. Dr. Graf (Ztr.) setzte sich mit den Deutschnationalen über die angelegliche Besorgung des Zentrums in der Beamtenschaft auseinander. Die Volkspartei habe noch jetzt sieben Regierungspräsidenten und 67 Landräte in Preußen, aber das hindere sie nicht, von rein parteipolitischen Remterbesetzung zu reden. Landtagsfraktion und Reichstagsfraktion des Zentrums seien politisch reiflos einig.

Trotz aller Proteste brachten Hugenbergs Wäcker tagtäglich schweinißche Inzestate;

so empfehle eine der letzten Nummern „Liebesnachricht auf Hawaii, schöne Frauen im Badetrikot“. Sie können sich darauf verlassen, daß wir diesen Sachen die größte Beachtung schenken. (Große Heiterkeit.) In der Bekämpfung der Unfittlichkeit besteht eben zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied. (Erneute Heiterkeit.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

Zwei Zentrumsgrößen als Verbrecher entlarvt

Der eine schwört einen Meineid, der andere begünstigt

Das vor einigen Tagen wegen Meineidsverdachts verhaftete Vorstandsmitglied des hiesigen christlichen Konsumvereins „Eintracht“, Ferdinand Mengelkamp, hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Er hatte im Sommer 1929 mit seinem Dienstwagen einen Verkehrsunfall verursacht und den Chauffeur Bohle, der neben ihm gesessen hatte, veranlaßt, die Schuld auf sich zu nehmen, da er selbst keinen Führerschein besaß. Bohle wurde vom Schöffengericht feinerzeit zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem Mengelkamp beschworen hatte, daß Bohle gesteuert habe. Eine nachmalige Unternehmung des Vorfalls hat ergeben, daß die Strafe für Bohle feinerzeit von dem Bruder des Angeklagten, dem Dortmunder Stadtrat und Zentrumsführer Heinrich Mengelkamp, bezahlt wurde, der sich jetzt wegen Begünstigung zu verantworten haben wird.

Geld stinkt nicht!

Vor einiger Zeit veranstalteten die Hitler-Jünglinge von München in einem Münchener Kaffeehaus einen solennen Skandal, weil dort nicht eine deutsche, sondern eine ungarische Kapelle konzertierte. Nun sind zwar die Ungarn sozusagen deutsche Bundesbrüder und Bundesgenossen der Haischten aller Schwätzerungen im Zeichen Horstys, und Ungarn ist als Aipl für Mörder und ähnliches Gelächter mit der Hakenkreuzgesinnung sehr beliebt. Aber man bedenke: Ungarische Sprache und schwarze Haare!

Indessen kann man bei Hitler auch anders. Ein anderes Münchener Café hat dieser Tage ebenfalls eine ungarische Kapelle konzertieren lassen und läßt noch besonders eine ungarische Geigerin auftreten. Von Hakenkreuz-Strakel keine Spur, im Gegenteil, die Hitler-Jünglinge sind begeistert!

Woher die plötzliche Wandlung? Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. Das Kaffeehaus injiziert im „Völkischen Beobachter“ und preist dort seine ungarische Geigerin an. Wer zahlt das alles, wer nicht zahlt, ist unpatriotisch. Mit anderen Worten: Die patriotische Enttäuschung der Hitler-Jünglinge ist ein Mittel, um die Inzeratenerwerb des „Völkischen Beobachter“ des Herrn Hitler zu unterstützen.

Gegen einen Naziheyer

In Jagow bei Ritz (Pommern) wurde ein Lehrer, der Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist, von der zuständigen Disziplinärbehörde mit sofortiger Wirkung seines Amtes entsetzt. Die Disziplinierung, die wegen Zugehörigkeit zur NSDAP beschlossen wurde, erfolgte unter gleichzeitiger Entziehung jeder Pension.

Razi-Goerings Kniefall vor dem Papst

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann Goering, welche nach dem Stenographen Organ, etwa zehn Tage zu Verhandlungen mit dem Vatikan in Rom. Goering ist — nach der gleichen Quelle — der Mann, in dessen Wohnung die Besprechung mit Hitler stattgefunden hat. Gemeint ist wahrscheinlich die Besprechung, nach der Septemberwahlen im Oktober des vergangenen Jahres.

Nazirüpel's Schanden Deutschlands Ehre im Ausland

Innsbruck, 11. Mai. (Eigener Funterbericht.) In Innsbruck kam es am Sonntag im Verlauf eines westösterreichischen Parteitages der Nationalsozialisten wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. An der Veranstaltung nahmen auch etwa drei-hundert reichsdeutsche Nationalsozialisten teil, die sich besonders rüpelhaft herortreten. Einer, ein Andreas von Histon aus Steuer in Mecklenburg, schlug im Verlauf einer Auseinandersetzung einen höheren Polizeibeamten zu Boden. Er wurde mit anderen Nationalsozialisten verhaftet.

Deutsches Gefallenen-Denkmal in Warschau

Warschau, 11. Mai. (Eigener Funterbericht.) Auf dem Warschauer Militärfriedhof wurde am Sonntag in Gegenwart des deutschen Konsulats ein Denkmal für die dort bestatteten etwa 2000 deutschen Soldaten enthüllt. Die Enthüllung erfolgte durch den Grafen, Grafen von Moltke der nach einer kurzen Ansprache im Namen der Reichsregierung einen Lorbeerkranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegte. Kränze überbrachten unter anderem noch mehrere hohe polnische Offiziere im Namen der Warschauer Garnison.

Große republikanische Demonstration in Wiesbaden

Wiesbaden, 11. Mai. (Eigener Funterbericht.) Wiesbaden sah am Sonntag eine gewaltige republikanische Kundgebung. Aus Groß-Wiesbaden, aus dem nahen Mainz und dem Rheingau waren die Republikaner und Reichsbannerleute in Wiesbaden, dieser Hochburg der Nazis, zusammengedrängt. Nachmittags formierten sich an den verschiedensten Stellen der Stadt Einzelzüge, die sich am Elsäßer Platz zu einem gewaltigen, etwa 6000 Personen umfassenden Demonstrationzug vereinigten. Dann marschierte der riesige Zug durch die Stadt zum Festplatz „Unter den Eichen“, wo der preussische Innenminister dem Einzug der Massen bewohnte. Unter dem Jubel der Massen, die sich auf dem Festplatz auf 8000 verstärkt hatten, wurde eine schwarz-rot-goldene Fahne aufgezogen.

Bombenattentat der Lappolente auf eine sozialdemokratische Druckerei

Auf ein vor wenigen Wochen in den Besitz der Sozialdemokratischen Partei Finnlands übergegangenes früheres Druckereigebäude der kommunistischen Partei wurde am Sonnabend von Lappolente ein Bombenattentat verübt. Schon vor wenigen Monaten, als die Druckerei noch im Besitz der kommunistischen Partei war, wurde bereits ein Bombenattentat auf sie verübt. Von den drei in dem Druckereigebäude untergebrachten Bomben explodierte glücklicherweise nur eine, ohne besonderen Schaden anzurichten. Den Grund zu dem Attentat sieht man hier allgemein in der Absicht der Sozialdemokratischen Partei, in der Druckerei demnächst eine neue sozialistische Tageszeitung herstellen zu lassen.

Beihien kühl gegenüber dem Zollunionsplan

Es ist mehr für Briands Gegenprojekt Paris, 11. Mai. (Eigener Funterbericht.)

Der ungarische Ministerpräsident, Graf Beihien, erklärte dem Sonderberichterstatler des „Matin“, daß er, entgegen offiziellen Berichten, niemals seine Zustimmung zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen gegeben habe und auch gar nicht dazu aufgefordert worden sei. Ueber das französische Gegenprojekt sprach sich Beihien optimistisch aus. Es enthalte nach seiner Ansicht interessante und vernünftige Anregungen zur Bänderung der Not der Agrarländer.

Die russische Delegation für Genf

Genf, 11. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Sowjet-Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch mitgeteilt, daß ihre Delegation für die Beratungen der Europa-Kommission ab 16. Mai in Genf anwesend sein werde. In dem Telegramm wird ferner mitgeteilt, daß Rußland an der Konferenz zur Begrenzung der Rauschgiftfabrikation, die am 28. Mai in Genf zusammentritt, teilnehmen wird.

Wasserstand

	11.5.	12.5.		11.5.12.5.
Kathar.....	1.70	1.65	Kantern (Unter-Vegel) ...	3.14 2.88
Rette (Stadt).....	0.12	0.20	Dydenhuth.....	2.35 2.24
Reichensdang (Unt-Vegel).....	1.94	1.96	Abflusmenge (sechsbilch)...	162 149
Erlehen.....	2.76	2.71	Kräutenberg vom 11.5. ...	1.81
	1.29	1.12	Kellernarme — 15.5°	

Breslauer Produktenbörse vom 11. Mai

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 11. Mai 1932. In der Börse im Großhandel gegebene Preise für volle Wagenladungen in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (für Karlofen gilt der Erzeugerpreis).

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg = 1 Tonne	nachfrei
Maltafen, Hülsenfrüchte Futtermittel, Wehl	100 kg	Breslau
Sämereien	50 kg	
Kartoffel m. Kausfutur	50 kg ab Erzeugerstation	

Tägliche Amliche Notierungen.

Getreide:	11.	9.
Weizen (schlechte)		
Scholltergewicht von 74,0 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	285.00	285.00
Scholltergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	288.00	288.00
Scholltergewicht von 72,0 kg trocken für Mäckerarbeit verwendbar	280.00	280.00
Sommerweizen hart, glatte, 80 kg	—	—
Roggen (schlechte)		
Scholltergewicht von 70,5 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	200.00	200.00
Scholltergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—	—
Scholltergewicht von 68,5 kg trocken für Mäckerarbeit verwendbar	195.00	195.00
Hafer, mittlere Qual. und Güte	204.00	204.00
Erbsen, trockne	250.00	250.00
Sommergerste, mittlere Qual. und Güte	220.00	220.00
Wintergerste 63-64 kg	220.00	220.00

Amliche Notierungen für Mäckergerste

	11.	9.
Wagengewicht (70%)	41.00	40.00
Karogengewicht (67%)	23.25	23.25

Breslauer Nachrichten

Distriktsversammlungen

Dienstag, den 12. Mai, finden statt:

- im Schillerstübl, Schillerstraße. Redn.: Gen. Junke.
bei Müller, Alsenstraße 82. Redner: Genosse Jacob.
bei Thiel, Bahnhof, Ecke Palmstraße. Redner: Genosse Marschall.
bei Baumgart, Brunnenstraße 36.
bei Oberlein (Kurgarten), Frankfurter Straße. Redn.: Dr. Kleemann: „Reiseerlebnisse in Amerika“.
bei Witte, Zimpeler Straße: Dr. Hoffmann.

Tischstuhlbrand in der Ofenerstraße

Wieder durch offenes Licht verursacht

Mitteln kurz vor 11 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Tischstuhlbrande nach dem Grundstück Ofener Straße alarmiert. Es wurden zwei Schlauchleitungen, die über das Treppnhaus, die andere über eine mechanische Leiter, die im Hofe aufgestellt wurde, vorgenommen. Bei der starken Rauchentwicklung war ein Herantommen an den Tischstuhl zunächst nicht möglich. Da das Feuer größeren Umfang annehmen drohte, gab der Leitende die Meldung an, worauf zwei weitere Löschzüge als Verstärkung eintrafen. Über zwei mechanische Leitern, die auf die Ofenerstraße aufgestellt wurden, wurden noch zwei weitere Schlauchleitungen, außerdem im Treppnhaus Ofener Straße 17 eine Schlauchleitung über das Dach vorgenommen, so daß insgesamt fünf Schlauchleitungen in Tätigkeit waren. In zwei Minuten wurden Löcher in das Dach geschlagen, um dem Qualm abzulassen. Der Angriff schritt nun vorwärts, so daß um 12 Uhr die Meldung „Feuer aus“ abgegeben werden konnte. Ein großer Teil der Bodenmatten mit Inhalt an Hausgerät und Bodenrumpel wurde zerstört. In den darunter liegenden Wohnungen wurden die Möbel der Wohnungsinhaber durch die Wasserschäden gegen das durchdringende Löschwasser beschädigt. Der Wasserschaden ist gering, nur eine Wohnung hat durch das Löschwasser erhebliche gelitten. Die Entschädigung wird durch die Versicherungsgesellschaft, die eine Hausbewohnerin ihre Bodenmatten mit offenem Licht betreten hat. Die Aufräumungsarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch, erst nach 14 Uhr wurde die Feuerwehr wieder abgerufen.

Fünf Opfer des Freitodes

In ihrer Wohnung in der Alexanderstraße wurde am Samstag vormittag die 36jährige Wirtschafterin Maria W. von ihrem Untermieter aufgefunden. Sie hatte den Hals mit einem Messer durchgeschnitten. Die Bestimmung wurde sofort in das Allertier-Hospital geschafft, wo jedoch nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Unter eigenartigen Umständen machte am Sonntag der 46jährige Heizer Emanuel W. aus Solarine, Kreis Ratibor, sein Leben ein Ende. Gegen 6 Uhr morgens hat er sich im Park in Breslau mit einer Selbstmordpistole einen Kopfschuß beigebracht, der ihn schwer verletzte. Er wurde bald in das Allertier-Hospital geschafft, wo ebenfalls noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

In hiesigen Krankenhäusern starben am Sonntag noch ein 46jähriger Rentner und ein Kaufmann aus der Kronprinzengasse. Der erstere hatte sich Ende April mit Gas vergiftet und der andere hatte vor ein paar Tagen eine große Dosis Veronal sich genommen.

In seiner Wohnung in Breslau-Schmiedefeld hat am Sonntag am 11. Mai der 56jährige Arbeiter F. freiwillig mit seinem Leben Schluss gemacht, indem er sich erhängte. Ein Herzleidenden scheint der Anlaß zur freiwilligen Lebensentlassung zu sein.

Das Anwachsen der Breslauer Kleingartenbewegung

Der Verband teilt sich in Bezirke. — Auch in diesem Jahre wieder Blumen- und Opfertag

Mit Eintreten der wärmeren Witterung regt sich auch in Breslau Kleingartenanlagen wieder neues Leben. Breslau entwickelt sich, wie aus dem Jahresbericht des Verbandes Breslauer Kleingartenvereine zu entnehmen ist, immer mehr zu einer Stadt, in der der Kleingarten eine große Bedeutung zukommt. Der Verband umfasst jetzt nicht weniger als 87 Vereine mit 6720 Familien. Im vorigen Jahre schlossen sich die Vereine „Wolfsgrund“, „Ostpark“, „Zur Sonne“, „Eichenlauf“, „Dannenberg“ dem Verbande neu an. Bei der immer umfangreicher werdenden Geschäftsführung beschloß die letzte Hauptversammlung, den Verband in sechs Ortsbezirke einzuteilen. Erreicht ist, daß die Zusammenarbeit zwischen der Städtischen Kleingartenverwaltung und dem Verband im besten Einvernehmen durchgeführt wird, wenn gleich aus den Kreisen der Kleingärtner die bessere Ausschaltung der Kuratoren, die eine unnötige Vermehrung und eine umständlichere Verwaltung des Geländes bewirkt, gewünscht wird. Aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge konnten Kleingartenbauanlagen hergerichtet werden.

Der vorjährige Blumen- und Opfertag brachte wieder einen vollen Erfolg. Er soll in diesem Jahre wiederholt werden. Regierungspräsident H. P., der ein eifriger Förderer des Kleingarten- und Siedlungswesens ist, brachte der Breslauer Kleingartenbewegung lebhaftes Interesse entgegen und führte persönlich Verhandlungen mit dem Stadterweiterungsamt, um die Ausweisung von Heimstättenangelegenheiten und Dauer-Kleingartenanlagen. Im Jahre 1930 konnten die beiden Daueranlagen „Ostpark“ mit 80 und „Dittschin 207“ mit 126 Gärten neu errichtet werden, während im letzten Breslau eine weitere Anlage mit mehreren 100 Gärten im Entstehen begriffen ist.

Besonders umfangreich war die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Rechtsberatung. Vor dem Kleingarten-Schiedsgericht fanden nicht weniger als 69 Verhandlungen statt, von denen nur ganz wenige Fälle zu Ungunsten der Kleingartenvereine entschieden wurden. Ein Streit von grundsätzlicher Bedeutung entstand über die Frage, ob das Kleingarten-Schiedsgericht befugt ist, Zwangspachtverträge zu verlängern. Nach langwierigen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht und nach Anrufen der Verwaltungsstellen und des preussischen Wohlfahrtsministers wurde die Frage ebenfalls in günstigem Sinne für die Kleingartenvereine entschieden.

Die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

Das Wohlfahrtsamt hat nun mehr Unterstützungsempfänger zu betreuen als das Arbeitsamt

Zu den letzten Wochen sind durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mehrfach Zahlen veröffentlicht worden, die den Eindruck erwecken könnten, als sei die Gesamtzahl der Erwerbslosen im Rückgange begriffen. Das trifft für die Stadt Breslau jedenfalls nicht zu, wohl aber ist hier eine Entwicklung festzustellen, die dahin führt, daß die Zahl der vom Wohlfahrtsamt betreuten Erwerbslosen die Zahl der vom Arbeitsamt unterstützten zu überschreiten beginnt. Welches sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung Anfang Januar d. J. noch auf 34 485 und die Zahl der ausgesteuerten Hauptunterstützungsempfänger (Wohlfahrtserwerbslosen) auf nur 13 248, so betragen zu Beginn dieses Jahres die entsprechenden Zahlen 45 376 und 22 026. Der Anteil des Wohlfahrtsamtes ist demnach in dem

Zeitraum von Anfang Januar 1930 bis Anfang Januar 1931 von einem etwas reichlichen Viertel auf fast ein Drittel der Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen gestiegen. In der Berichtswochen vom 23. April bis zum 8. Mai d. J. hat dann eine Überschneidung stattgefunden, die sich in den für Anfang Mai dieses Jahres ermittelten Zahlen wie folgt ausdrückt:

Es waren in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung nur noch 31 647 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden, im Wohlfahrtsamt dagegen 32 097, d. h. also, daß im Wohlfahrtsamt 450 Hauptunterstützungsempfänger mehr gezählt worden sind als im Arbeitsamt, und d. h. ferner, daß der Rückgang der vom Arbeitsamt unterstützten sich durch Vermehrung der Wohlfahrtserwerbslosen nahezu ausgleicht.

Die Unfallkurve steigt wieder an

Im April 320 Verkehrsunfälle — 8 Tote und 167 Verletzte — Es hagelt Strafmandate

Der Monat April hat ein neues Ansteigen der Zahlen der Verkehrsunfälle in Breslau mit sich gebracht. Im ganzen wurden in diesem Monat 320 Unfälle registriert, bei denen acht Menschen ihr Leben einbüßen mußten und 167 verletzt wurden. Bei 75 Verletzten waren die Schäden an der Gesundheit so erheblich, daß die Betroffenen einem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Bei dem Ansteigen der Unfallziffer ist hervorzuheben, daß auch die Zahl der Unfälle steigt, die auf ein Selbstverschulden der Verunglückten zurückzuführen sind. Allein im April verunglückten 14 Personen beim Auf- oder Absteigen von einem fahrenden Straßenbahnzug. Einem dieser Verunglückten mußte sogar ein Bein vollständig amputiert werden.

Entsprechend der neuen Polizeiverordnungen greifen die Polizeibehörden deshalb auch jetzt energischer durch und so mußte die Verkehrspolizei im April 1094 Strafmandate erlassen. In dieser ganz enorm gesteigerten Zahl der

Strafen befinden sich erstmalig auch 80 Strafmandate für Personen, die von fahrenden Fahrzeugen auf- oder abgesprungen sind und weiterhin auf 110 Fußgänger, die durch Nichtbeachtung der Verkehrsvoorschriften eine Unfallgefahr verursacht haben. Weiterhin wurden 83 Strafverfahren bei der Amtsanwaltschaft anhängig gemacht. Da alle Warnungen und Belehrungen wenig Beachtung finden, soll nun auf diesem Wege eine Erziehung zur besseren Verkehrsdisziplin erreicht werden, die schließlich im Interesse jedes einzelnen liegt. Das dies wirklich notwendig ist, das ergibt sich aus dem immer weiter anwachsenden Verkehr, wurden doch im gleichen Monat nicht weniger als 1143 neue Kraftfahrzeuge zugelassen und 374 neue Führerscheine erteilt.

Es wird nicht uninteressant sein, zu beobachten, welche Auswirkungen sich aus der Steigerung der Strafen ergeben werden.

Urteilspruch im Erbschaftsprozess

Frau Hartmann freigesprochen, Dr. Stiller verurteilt

Gestern Mittag wurde das Urteil in dem Erbschaftsschwindelprozess unter allgemeiner Spannung des Publikums und der Prozessbeteiligten verkündet. Frau Anna Hartmann bekam den § 51 zugesprochen und wurde freigesprochen, worüber sie sehr böse war, denn sie will den „Togdheim“ nicht, sie habe nichts Unwahres gesagt, und die Erbschaft bestimme. Frau Schneider wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Beide Frauen wurden sofort aus der Haft entlassen. Während Frau Hartmann dauernd schimpft, weint ihre Schwester. Sie wurde vom Gericht deshalb milder als vom Staatsanwalt angefaßt, weil sie unter dem Einfluß ihrer Schwester gestanden und nicht selbst die Initiative ergriffen habe. Der Glaube an die Erbschaft — wurde in der Urteilsbegründung gesagt — konnte ihnen nicht unbedingt abgesprochen werden. Sie habe sich jedoch insofern falscher Vorpiegelungen und des Betrages schuldig gemacht, als sie immer wieder behauptete, die Erbschaft werde demnächst ausgefaßt, oder die Darlehensgeber würden auf die Testamente bald Geld bekommen. Falsch war auch die Angabe, daß sie vom Staat oder von der Bank einige Millionen Vorschuß bekommen würden. Das Gericht hat aber alle jene Fälle nicht als Betrug angesehen, in denen sich auch die Gegenparteien nicht einwandfrei benahmen, wie bei Konrad Beder, sowie auch bei denjenigen Geschäftsleuten, die die Waren ohne Auftrag ins Haus brachten. Zur Verurteilung haben nur jene Fälle geführt, in denen sich die beiden Frauen Geld gegen Testamente geben ließen, und nicht für den Erbschaftsprozess, sondern persönlich verausgabten.

Rechtsanwalt Dr. Stiller wurde wegen Beihilfe zum fortgesetzten Betrug zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die Strafe ist durch die Untersuchungshaft verbüßt. Das Gericht hält ihn für voll verantwortlich. Er möge überarbeitet und dem Trunk ergeben gemessen sein, aber nicht geisteskrank. Stiller hätte sich eingehend mit der Erbschaftssache beschäftigt und umfassende Ermittlungen einzuziehen müssen, bevor er in der Angelegenheit Schritte unternahm und Auskünfte gab. Da er dies unterlassen

hat, hat er sich strafbar gemacht. Stiller war sichtlich bedrückt. Offenbar hatte er bestimmt mit seiner Freisprechung gerechnet. Die Geschwister Weigmann wurden ebenfalls verurteilt, und zwar Franz Weigmann zu 70 Mark Geldstrafe und Anton W. zu 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis. Anton Weigmann erhielt Strafversetzung zugesprochen. Der Schwiegerohn der Frau Schneider, Janke, wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt auch Volkner. Bei ihm sind die 4 Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt. Paul Wader erhielt 150 Mk. Geldstrafe, Barella, der Bürovorsteher Dr. Stillers, hingegen wurde freigesprochen. Da er nur an den Geschäften beteiligt war, bei denen das Gericht auf Freisprechung der Hauptangeklagten erkannt hatte.

Die beiden Frauen wurden vor dem Untersuchungsgefängnis von einer größeren Anzahl Personen erwartet. Barella wurde ein Blumenstrauß überreicht.

In allgemeiner Begründung erklärte der Vorsitzende, das Gericht habe besonders eingehend die Frage geprüft, ob ein Testament bestanden habe, und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß dies nicht der Fall sei. Durch die Akten des Auswärtigen Amtes sei einwandfrei erwiesen, daß zwar im Jahre 1839 in Surinam ein gewisser König oder König gestorben ist, aber als dessen Erben nur im Rheinland wohnende Angehörige in Frage gekommen seien. Lediglich infolge einer Ortsverwechslung bei der Regierung sei irrtümlich in Schlesien nach Erben gesucht worden und dadurch die späteren phantastischen Erbschaftsgerichte entstanden. Die „Erben“ müßten gewußt haben, daß die Pflegschaftsakt, auf die sie sich beriefen, nicht bestanden haben. Bei dem Angeklagten Stiller habe das Gericht nicht in allen Fällen Beihilfe zum Betrug angenommen. Wenn man das hätte tun wollen, hätten noch ganz andere Personen auf die Anklagebank kommen müssen. Da wahrheitsgemäß der Anklagerichter und die Mehrzahl der verurteilten Angeklagten Berufung einlegen werden, dürfte der Prozess in absehbarer Zeit noch einmal aufgerollt werden.

Auch die Schreiberjugendpflege wurde im letzten Jahre weiter ausgebaut und es gelang, dank der opferreichen Mitarbeit ehrenamtlicher Jugendpfleger, ein eigenes Jugendheim zu errichten. Der Bezirksleiter des Verbandes folgend, wird auch der Jugendkreis dezentralisiert. Zusammenfassend läßt sich ein Bild in den Jahresbericht als auch eine Fahrt durch die jetzt in beginnendem Frühlingsschmuck stehenden Kleingärten erkennen, daß die Kleingartenbewegung aus dem Rahmen der Großstadt Breslau nicht mehr wegzudenken ist.

Wer ist dümmer?

Ein Reisender, der die tollsten Märchen erzählt oder die Leute, die es ihm glauben

Wenn man Gelegenheit nimmt, einmal einigen Gesprächen, sei es auf der Straße, auf dem Hausflur oder sonstwo zuzuhören, wird man oftmals die tollsten und ungläublichsten Dinge zu hören bekommen, was aber ein augenblicklich hier in Breslau herumhantierender nationalsozialistischer Versicherungsreisender erzählt, greift schon an das Phantastische und man weiß nicht, wen man mehr bedauern muß, diesen armen Irren oder die Leute, die solchem Blödsinn noch immer ein Ohr schenken. Daß er die Nazi-Regierung in Braunschweig und die verflochtene Fried-Wirtschaft in Thüringen als vorbildliche Musterstaaten hinstellt, will man noch dahingehen lassen. Wenn er aber dann weiter mit allem Ernste erzählt, der Reichspräsident Ebert sei gar nicht gestorben, sondern lebe vergnügt auf seinen Schlössern weiter, während sein Sohn im Schloß von Caub, das ebenfalls seinem Vater gehört, ein herrliches Leben führe, wenn er davon spricht, daß der verstorbenen Stresemann als „ehemaliger Afrikaner“ (!) vom Reich

große Abfindungen erhalten habe und seiner Frau ein Vermögen von 30 Millionen hinterlassen habe, so liegt hier eine politische Brunnengiftung vor, die schon das Burleske streift. Immerhin muß dieser Nazi-Reisende schon gläubige Ohren gefunden haben, daß man ihn nicht schon längst mit solchen Behauptungen zum Tempel hinausgehauen hat. Im übrigen ist diesem Kerl ganz entgangen, daß Karl Marx ebenfalls noch lebt und in der Brünningischen Reichskanzlei geheime Dienste treibt und daß die vielen in der Schweiz investierten Milliarden restlos aus den Vermögen sozialdemokratischer Führer stammen.

Gutes Geld zum schlechten gelegt

Der erwählte Zechpreller

Es gibt immer wieder Begebenheiten, die man eigentlich nicht für möglich halten möchte. Wieviel Menschenfreundlichkeit auf der einen und Raffinesse auf der anderen Seite sich bemerkbar machen können, zeigt ein Vorfall, der sich am Sonntag vor-mittag abspielte. In einem Lokal in der Klosterstraße saß ein Mann und machte dort eine Zeche von 10 Mark. Als das bedienende Fräulein auf Zahlung drängte, da ergab sich, daß der „noble Gast“ kein Geld bei sich hatte. Er erzählte aber, daß er in Karlowitz wohne und seine Schuld schon bezahlen würde. Nun war aber auch ein Kraftwagenführer im Lokal und dieser erbot sich, den Mann nach Hause zu fahren, damit er Geld holen und seine Schuld bald bezahlen könne. In Karlowitz ging der Mann aber nicht in seine Wohnung, sondern auch in ein Lokal und hier mußte schließlich der Kraftwagenführer noch die Zeche bezahlen. Er hatte aber inzwischen die Polizei alarmiert und ließ den Zechpreller festnehmen. Es ergab sich dabei, daß der Betreffende nicht aus Karlowitz, sondern von der Neuen Weltgasse war.

Die Mundhygiene: Odol-Zahnpasta, Odol-Mundwasser, Odol-Zahnbürste

Tierschutzvereine tagen

Wie W. Riehl den Breslauer Tierschutzverein desorganisiert und „verwertet“ Gegen das Varenführen — Tierquälereien nehmen ab

In Striegau trafen vorigen Sonnabend die Delegierten der niederen und mittelständischen Tierschutzvereine zu ihrem 52. Verbandstage zusammen, bei dessen Gelegenheit gleichzeitig der gastgebende Verein sein 70jähriges Bestehen festlich beging.

Aus dem Bericht des Schriftführers Heinrich Breslau ersah man, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auch bei den Tierschutzvereinen nicht ohne Einfluß geblieben sind. Der Verband verlor außerdem durch die Abtrennung der ober- und mittelschichtlichen Vereine und die Zerstückelungsarbeit des Streblener und Breslauer Vereins nicht wenig Mitglieder. Einige dem Verbandsangehörige Vereine sind dem Erliegen nahe, was nun im Interesse der Tierschutzbewegung sehr zu bedauern sei. Doch das dürfe die bestehenden Vereine nicht hindern, weiter den Ausbau des Tierschutzes zu fördern. An der Spitze der Vereine, die im letzten Jahre starken Zuwachs an Mitgliedern buchen konnten, stehen die Ortsgruppen Landes- und Striegau.

Die Anträge der Vereine auf Bestrafung von Tierhaltern wegen Quälereien sowie Anzeigen wegen Fangens von Vögeln sind beträchtlich zurückgegangen. Offenbar sei dieser Rückgang auf das energische Eingreifen der Vereine in den letzten Jahren zurückzuführen. Den Vereinen wird empfohlen, sich zukünftig außer dem Tierschutz auch mehr mit dem Vogelschutz zu beschäftigen. Beim Vorstand gingen wiederholt die Anträge ein, bei der Regierung energisch gegen das Herumziehen mit den Langbären zu protestieren, da das eine Tierquälerei ersten Grades sei. Es wurde erreicht, daß im Breslauer Regierungsbezirk Gewerbeämter hierfür nicht mehr ausgegeben werden und die Polizeiposten insoweit die Landjäger angewiesen sind, die Varenführer bei Tierquälereien sofort aus der Stadt oder Gemeinde zu verweisen. Dem Leiter des Breslauer Zoos wurde vor kurzem in einer Breslauer Zeitung Tierquälerei vorgeworfen. Der Verbandsvorstand hat sich darauf mit der Sache befaßt und konnte nur feststellen, daß an der Tatiz nicht ein Fünkchen Wahrheit war. Die Kassenverhältnisse beim Verband haben sich nicht wesentlich verändert.

In Bunzlau ist vor einiger Zeit ein Tierschutzverein

gegründet worden, der nun durch Beschluß des Verbandstages aufgenommen wurde. Das Ausschreiben der Vereine Striegau und Breslau wurde auf dem Verbandstag lebhaft kritisiert. Der Ortsverein Breslau, in dem bekanntlich der „Chef“redakteur des Wochenblattes „Zeit am Montag“, W. Riehl, neuerdings die führende Rolle spielt und das Angenehme mit dem Nützlichen der Propaganda für sein Blatt verbindet, ist aus dem Verbandsausgesehen, da der Verband den beantragten Erlaß eines Jahresbeitrages nicht zuließ und den Breslauern das Stimmrecht während der Zeit, wo keine Beiträge bezahlt werden, nicht zuerkennen konnte. Die Verbandstagsdelegierten wandten sich energisch gegen den Breslauer Verein und rügten die Arbeitsweise des derzeitigen Vorsitzenden, unter dessen Leitung die haarsträubendsten Verhältnisse Platz gegriffen haben. Er benutze seinen Vorstandsvorsitz nur, um für seine Zeitung Reklame zu machen und habe ein Tierheim ohne Genehmigung der Breslauer Vereinsmitglieder errichtet, was jetzt infolge der großen Spenden nicht gehalten werden kann. Der Vorstandsvorsitz wird ersucht, einen neuen Verein in Breslau zu begründen, wenn dort in nächster Zeit keine Veränderung eintreten sollte.

Weiterhin wurde gemäß verschiedener Anträge eine Statutenänderung vorgenommen. Ein Antrag auf Erreichung eines allgemeinen Verbotes gegen das Herumziehen mit Langbären wird an die Regierung weiter gegeben werden. Der Wüstegiersdorfer Verein ersucht in einem Antrag, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit man vom Bau der Teerstrassen Abstand nehmen soll und Provinzial- und Kreisstrassen wieder mit Steinen zu festigen, da auch hier eine Tierquälerei (?) und bei der Glätte eine Gefahr für Mensch und Tier erblickt wird.

Nach Neuwahl des bisherigen Vorstandes bestimmte man Schweiß als die Tagungsstätte für den nächsten Verbandstag. Die Tagung nahm am Sonntag vormittag auf der Kreuzberg-Haude ihren Fortgang, wo noch verschiedene kleinere Vereinsangelegenheiten zur Sprache gebracht wurden. Nach gemeinsamer Mittagspause hielt Bürgermeister Schelle-Striegau auf dem Breiten Berg einen kurzen historischen Vortrag über die Schlacht bei Hohenfriedberg. Offenbar hielt er dies für das geeignetste Thema im Rahmen einer Organisation, die sich gegen die Qual der Kreatur richtet!

geben seien und die Funktionäre dieser Organisation für die Republik vorwiegend ehrenamtlich leisteten.
Diese Antwort hatte die verblüffende Wirkung, daß der treuen republikanischen Überzeugung des Strius Schlag vorbei war. Er wurde im Handumdrehen nach Schimpf jetzt berufsmäßig auf die sozialdemokratische Kommentarliteratur überführt.

Leichenfund in der Oder

Am Sonnabend nachmittag sahen Kubere bei der Oder einen leblosen Mann treiben. Sie riefen den Wehr herbei, der es auch gelang, die Leiche in der Stromschnelle zu bergen. Es handelt sich um einen 60 Jahre alten Mann. Die Leiche wies in der Herzgegend Stichwunden auf und es wird vermutet, daß der Mann, scheinbar Ausweispapiere fehlen, ertrunken und dann in Geworfen wurde.

Glogauer Eingemeindung genehmigt

Der Preussische Landtag stimmt, wie aus Berlin wird, dem Gesetzentwurf über die Aenderung der Grenzen der Stadt Glogau endgültig zu.

Bunzlau. Drei Todesopfer der Benzinexplosion

Bei einer Benzinexplosion, die sich beim Reinigen von mit Benzin am 13. April in der Wohnung des Geschloß-Höfer ereignete, war, wie seinerzeit gemeldet, das zum Schützen der Eheleute Höfer sofort getötet worden. Am Tage war das sechzehnjährige Dienstmädchen Elise Störben. Nun ist nach langem Leiden auch die 24jährige Höfer ihren Verletzungen erlegen.

Görlitz. Orden der Republik. Die Preussische Regierung teilt mit: Als Zeichen seines selbstlosen und erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiete der Pflege insbesondere der Leibesübungen, hat der Minister für Volkswohlfahrt dem Kaufmann Ernst Weiler in Görlitz eine Plakette verliehen.

Jauer. Vom Auto erfaßt. Auf der Chaussee Jauer wollte ein Kraftwagen der „Jauerer“ Fabrik drei Wanderburischen überholen. Da zwei von rechts und einer nach links auswichen, kam der Chauffeur zur Seite und der Wagen erfaßte den nach links Ausgehenden schwer verletzt wurde.

Alt-Mohlan. Der Zug nach dem Westen. Hier zwei jugendliche polnische Arbeiter festgenommen, die bei der Grenze übergriffen hatten. Sie machten einen bösen Eindruck. Auf Befragen gaben sie an, sie in Deutschland Arbeit suchen. Das Amtsgericht Mohlan ihre Ueberführung in das Amtsgericht Breslau an.

Schweidnitz. Ungetreuer Konkursverwalter. Das Vermögensverzeichnis des Konkursverwalters hat hier ein Aufsehen hervorgerufen. Er verwaltete mehrere Konten, die sich an Geldern, die zur Konkursmasse gehören, befinden. Haftbefehl ist erlassen und eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden. Das vorläufig festgestellte Defizit gegen 15 000 Mark.

Kontau, Kreis Guttentag. Fleischvergiftung. Einer Schwarzschildschätzung. Nach dem Genuß von das von einem heimlich geschlachteten, tollkühn gefertigten Schwein stammte, erkrankte hier ein Ehepaar. Der Jüngere Mannes ist hoffnungslos.

Kabachhammer. Grenzverletzung. Dieser Tage hier eine deutsche berittene Schutzpolizeipatrouille, die bei der Grenze entlang ritt, versehenlich einige Meter auf polnisches Gebiet. Der Tatbestand wurde durch deutsch-polnische Kommission festgestellt, wobei man bemerkt das Terrain durch Umpflügen unübersichtlich geworden und Grenze daher nicht ohne weiteres erkennbar war.

Kattowitz. Tod unter Tage. Auf dem Nidelschlag wurde der Häuer Heinrich Kubiska von einwirkenden Gasen verschüttet und erschlagen. Nach mehreren Stunden konnte seine Leiche geborgen werden. Auf der Ferdinandgrube wurde der Führer einer Grubenlokomotive unter angeblich infolge eigener Unvorsichtigkeit, zu Tode gequält.

Plesch. Jugend, die am Leben verzweifelt. Sechzehnjährige Anna Jaisel aus Wilkowitz, hat durch Töten von Eßiggäure ihrem jungen Leben ein Ende bereitet. Ursache zu dieser Verzweiflungstat ist in Arbeitslosigkeit und Not zu suchen.

Neudorf, Polnisch-Schlesien. Wild-West-Weber. Mit vorgehaltenem Revolver zwangen drei in einem Auto gefahrene Männer den Kassierer des Neuen Bankvereins Herausgabe des Barbestandes und flüchteten sodann. Den Räubern sind etwa 3500 Floty in die Hände gefallen.

Jägerndorf, Tschetsch-Schlesien. Das weltliche des Breslauer Bischofs. Wie unser Troppauer Blatt berichtet, beträgt das Vermögen des Breslauer Bischofs in der tschechoslowakischen Republik 33 600 Hektar in Grundbesitz, in welchem auch der Großgrundbesitzer Jauernig vier Meierhöfen, sechzehn ausgebreiteten Revieren und Schlössern inbegriffen ist. Der Waldbesitz allein wird 100 Millionen Kronen geschätzt.

Aus der Umgebung

Janowitz. In der Funktionärssitzung der Arbeitsgemeinschaft Nordost, an der 36 Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft und Vertreter verschiedener Ortsgruppen des Reichsbanners teilnahmen, berichtete Genosse Küber den Bezirksparteiabend. Der Bericht und die Darlegung über die politische Lage veranlaßte Genossen Schiffel längeren Ausführungen. In der angeregten Aussprache über die Genossen Seims, die Genossen Röhig, Kempe und Göttsch. Genosse Röhig brachte folgende Entschliessung ein, einstimmig angenommen wurde: „Die in Janowitz sammelten Funktionäre der SPD-Arbeitsgemeinschaft Nordost sprechen ihrem Vorsitzenden, Genossen Küber, Beauftragten der Mitgliedschaft erneut das Vertrauen aus, gegen anderen Behauptungen stellen wir fest, daß er bei letzten offiziellen Logungen der Partei begann, auf dem Parteitag in vollem Einverständnis mit der Mitgliedschaft handelt und gestimmt hat. — Wir fordern auch heute für Zukunft eine Bekämpfung der Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning.“

Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In Woche vom 3. Mai bis 9. Mai wurden folgende strafbare Taten zur Anzeige gebracht: Diebstahl 1, Diebstahl 2, Einbruchdiebstahl 2, Uebertretungen: Radfahrverkehr 3, gefunden wurde eine Aktentasche und ein Koffer abgegeben.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Niempitz
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 17
Telephon 9064, 9061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 18-19

Meißelwitz. Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrt) abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Laugwitz.
Brodau. Freitag, den 15. Mai 20 Uhr bei Wende Mitgliederversammlung. Redner: Genosse E. Junts.

Am Drahtzaun der katholischen Volksschule darf der 1. Mai nicht gefeiert werden

Im Preussischen Landtag haben Abgeordnete der Zentrumsparlei folgende Große Anfrage eingebracht:

Am 1. Mai ist in Oppeln ein Umzug der Kommunisten von der Polizei auf den der katholischen Kirchengemeinde gehörenden Platz vor der Peter-Paul-Kirche geleitet worden, wo der Zug sich bis an die Mauer der Kirche und des Pfarrhauses und an den Drahtzaun des katholischen Schulgrundstückes (!!) ausbreitete. Die Demonstrationen führten Plakate mit, die zum Austritt aus der Kirche aufforderten. Die Genehmigung zur Benutzung des Platzes soll der Herr Polizeipräsident Ostrowski vor sich aus auf besonderes Ersuchen der Kommunisten erteilt haben, obwohl dieser Platz bisher nur für überparteiliche Veranstaltungen und zwar immer mit der eingetragenen Zustimmung des katholischen Pfarramtes benutzbar war. Es kam noch hinzu, daß die verheerende Veranstaltung zu einer Zeit stattfand, in der die Kinder der Volksschule eben Pause hatten. Die Bevölkerung des zu 85 Prozent katholischen Oberschlesiens ist über diese Rücksichtslosigkeit empört und erblickt darin auch eine Mißachtung der vom Herrn Ministerpräsidenten kürzlich erst erneuert proklamierten Achtung vor der Ueberzeugung anderer.

Wir fragen das Staatsministerium an: 1. Ist ihm dieser Vorgang bekannt? 2. Welche Maßnahmen gedenkt es zu treffen, um dieses rücksichtslose Vorgehen des Polizeipräsidenten würdig zu ahnden? 3. Welche Anordnungen gedenkt es zu treffen, um derartige Vorgänge in Zukunft unmöglich zu machen?!

Da der 1. Mai in erster Linie ein Feiertag der organisierten Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie, denn der, außerhalb Oberschlesiens wesentlich weniger bedeutungsvollen, KPD ist, scheint die hier aufgeworfene Frage von nicht geringer grundsätzlicher Bedeutung; ganz abgesehen von personalpolitischen Wünschen, die im Hintergrund dieser Anfrage stehen dürften.

Zur Rechtslage dieses Falles haben wir bereits Stellung genommen. Polizeipräsident Ostrowski hat vollkommen korrekt gehandelt. Die allgemeine Ruhe und Ordnung ist im übrigen, wie aus der Anfrage selbst hervorgeht, nicht gestört worden. Um sie, und nicht um die Frühstückspause einer katholischen Volksschule — in der möglicher Weise nicht wenige Kommunistenkinder gewesen sein mögen — hätte er sich zu kümmern. Grundständige Bedeutung aber hat es, ob etwa auf Zentrumswünsche hin politische Demonstrationen mit den Profanierierten gleichgestellt werden sollen, die ihrem Gewerbe in der Nähe von Kirchen und Schulen bekanntlich nicht nachgehen dürfen, ob für öffentliche Straßen und Plätze in der Nähe konfessioneller Schulen, die vorläufig wohl noch der staatlichen bzw. kommunalen Verwaltung unterstehen, ein Sonderrecht geschaffen wird.

Die Freidenkerhege treibt bereits bedenkliche Blüten in Deutschland. Auch die Zentrumsabgeordneten behaupten nicht, daß die — oh so zahmen — Oppelner Kommunisten etwa die katholische Religion in verletzender Form beleidigt hätten. Lediglich zum Kirchenaustritt haben sie aufgefordert. Das aber soll genügen, um eine Demonstration praktisch unmöglich zu machen, denn an dem fraglichen Tage wälen sämtliche anderen in Frage kommenden Plätze in Oppeln belegt. Was die „überparteilichen“ Veranstaltungen anbetrifft, so scheinen in der Zentrumskolonie merkwürdige Begriffe vorzuherrschen. Auf dem Straßburger Platz fand nämlich erst kürzlich die bekannte Arbeitsamungsfeier statt, die auch ihre ostentative Schwarzweißrote Dekorierung dazu geführt hatte, daß die freigeorganisierte Arbeiterschaft sich von ihr fern hielt.

Der Antwort der Preussischen Staatsregierung wird man daher mit Interesse entgegenzusehen können.

Treviranus kündigt an

In der letzten Nummer dieser Tage der Minister zur besonderen Verantwortung der Reichsregierung, was die Reichsregierung für den 1. Mai zu tun gedenkt. Bezeichnend ist, daß in dieser Broschüre die Kommunisten und die Vertreter der Industrie, das heißt die Unternehmer, nicht aber die Arbeitervereine, die Arbeitervereine eingeladen werden, die immerhin einen noch größeren Bevölkerungsanteil in Oberschlesien repräsentieren dürften, als die Herren über Recht und Gerechtigkeit.

Treviranus kündigte an, daß in Kürze für alle Betriebe mit einem Betriebsvermögen unter 500 000 Mark in den Dilligesegebieten, also auch in der Provinz Oberschlesien, die Industriebelastung in Fortfall komme. Weiter sind bei der Reichsregierung Erwägungen im Gange, auch den Betrieben mit Betriebsvermögen über 500 000 Mark in besonders begründeten Fällen, wie dies bei den großen Werken in Oberschlesien im Gesamtinteresse bringen zu wünschen wäre, die gleiche Erleichterung zu gewähren. Eine amtliche Bekanntgabe dieser neuen Erleichterungen ist bereits am kommenden Dienstag zu erwarten. Fernerhin erklärt Treviranus, daß damit zu rechnen sei, daß außer der allgemeinen Steuerentlastung von 20 Prozent das gesamte Reichsgebiet Oberschlesien und die übrigen Dilligesegebiete die vorjährige besondere Realsteuerentlastung auch für das neue Etatsjahr bekommen werden und das Kabinett die zur Verfügungstellung von besonderen Mitteln für den Kleinstwohnungsbau in den Grenzgebieten beschlossen habe, um dadurch wenigstens eine gewisse Belebung des Baumarktes im Dilligesebiet zu erreichen.

Nach einer Aussprache kam Treviranus außerdem auf sein Stedenpferd oder besser gesagt ziviles Schlachtross, den freiwilligen Arbeitsdienst, zu sprechen und sagte zu, daß die Arbeitsmaßnahmen der Reichsregierung auch auf Oberschlesien ausgedehnt würden, um eine Preissteigerung zu verhindern. Zusammengefaßt ist also die Fürsorge der Reichsregierung für das Grenzgebiet im Osten im wesentlichen eine Steuerentlastungsaktion für die Industriebetriebe, während zu gleicher Zeit die infolge der Reichsgesetzgebung in schwierigen Finanzverhältnissen befindlichen Kommunen die Bürgersteuer zu vervielfachen im Begriffe sind.

Kleine Schlacht, große Wirkung

In Mittelwalde (Graßhaff Glas) betätigt sich seit einiger Zeit der Kazi-Wanderredner Strius. Dieser Strius war vor kurzer Zeit noch ein „treuer Republikaner“. Jedenfalls schrieb er vor nicht allzu langer Zeit an den Oberpräsidenten, Genossen Lüdemann in Breslau, beselännte sich als einen treuen Republikaner und fragte beiseiten an, ob nicht beim Reichsbanner ein Posten für ihn frei sei. Genosse Lüdemann antwortete ihm, daß beim Reichsbanner keine Posten zu ver-

Heraus zum Jugendtag nach Breslau

Die Demonstrationen des Weltfeiertages sind vorüber. Große Massen der Arbeiterschaft marschierten für die Forderungen des Tages und der Zukunft. Arbeiterkinder und Jugend bildeten überall bei den Aufmärschen die Spitze. Sie gingen in dem Bewußtsein voran, daß aus diesem Rot-Mai doch ein Rot-Sieg-Mai der Arbeiter kommen wird. Dieser Glaube an unser Werk ist unerschütterlich, selbst die unerhörte langanhaltende Not unserer Zeit kann uns davon nicht abbringen. Doch Glaube und Hoffnung allein genügen nicht, es gehört die Tatkraft der Menschen dazu, um den Glauben in die Wirklichkeit umzusetzen.

Wer muß daran das größte Interesse haben?

Die Jugend des Proletariats

Sie hat noch das Leben vor sich, sie hat noch die Chance der Zukunft. Wir rufen die Jugend um dieser Chance willen. Habt ihr dieses Leben satt, dann erlangt Euch ein besseres. Nicht warten auf ein Wunder, nicht träumen von einem „Held“, der ein Paradies Euch schaffen wird — so etwas gibt es nicht — sondern vertraue auf Deine Kraft und die Kraft der Klasse, die allein kann Deine Wünsche erfüllen.

Zu dieser Erfüllung brauchen wir aber noch viele Kämpfer. Die Zahl der Menschen, die von uns noch nichts wissen, ist noch sehr groß. Darum Propaganda. Wir müssen jeden gewinnen. Der Jugendtag in Breslau soll ein Propagandatum von größter Bedeutung werden. Hat Tage nach unserem Jugendtag will der Stahlhelm in Breslau sich zeigen, um neue vollereisende Gedanken zu propagieren, zum Schaden für uns Arbeiter. Diejenigen, die treiben soll der Jugendtag mit seiner Propaganda ausgehen.

Es großer der Kampfmuth in Breslau sein wird, um so besser die Wirkung. Jedes Mitglied wird deshalb alles daran setzen, am Jugendtag teilzunehmen. Heraus zur Jugend und Mabel, die Zeit verlangt von uns, daß wir marschieren.

Freundschaft!

Der Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiter-Jugend
95, Ray Seibel.

Völker werden gerettet!

Tropenlinie von St. Pauli — Ärzte, Tiere und Patienten aus aller Welt — Kampf den Mikroben

Wegen Erreichung der Altersgrenze ist der Gründer und bisherige Direktor des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Prof. Koch, in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde Prof. Fülleborn.

In der Tür steht „Archiv“. Reihe an Reihe, in selbgrauer, marschieren die Regimenter der Bände auf. Der Finger über Kolonnen statistischer Ziffern, bleibt an einer der hängen. Die springt hervor und ist gleich lebendig: Kranke, im Hofen aufgeteilt unter der gelben Flagge, von Malaria, Typhus, tropischen Fiebern, Schlafkrankheit, sind hier behandelt und geheilt worden.

Die Heilung des Maharadschah

Die Farmer waren darunter; arme Neger und Chinesen oder blinde Passagiere; Kapitäne, höchste Schiffsärzte, die furchtbaren aller Fieber griffen hoch und niedrig hinunter ins Zwischendeck und hinauf zu dem kühnen Maharadschah, der eigens nach Hamburg kam, um zu sehen, ob er, wenn überhaupt, nur dort gerettet werden könnte. Das ist das Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten — Zentrum des hafenärztlichen Dienstes, eine Forschungsstätte und Krankenhaus, und auf seinen Fluren, eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute der Welt, auf steiler Höhe, zwischen Reeperbahn und den St. Pauli-Brücken liegt die gewaltige Burg weithin über Land und Meer. Aus ihren Fenstern sieht man hinaus über Hafen und Meer. Aus ihren Fenstern sieht man hinaus über Hafen und Meer. Aus ihren Fenstern sieht man hinaus über Hafen und Meer.

Das Wert Kochs

Seine Entstehung verdankt sie den Erfahrungen des Jahres 1882, als in Hamburg die Cholera wütete. In demselben Zimmer, mit nur vier Gefäßchen zur Seite und dem primitivsten Hilfsmittel begann ein junger, unbekannter Hafenarzt, ein gewisser Dr. Koch, mit seinen medizinischen Forschungen. Jahre später war sein Name bekannt! Ein kaum zu übersehendes, ganz ungewöhnlich reiches Arbeitsfeld war es, das der junge Arzt sich da mit Schläge erschließen hatte. Es erforderte einen ganzen, eine unermüdliche Hilfsbereitschaft, den echten Forschungsgeist und nicht ungeringer viel Arbeit. Naturgemäß strömte in Weltstädten eine Menge von Tropenkranken aller Nationen und eine solche Fülle seltener tropenmedizinischer Untersuchungsmaterials zusammen, daß eine planmäßige wissenschaftliche Bearbeitung geradezu ein Gebot der Pflicht wurde. Die Gelegenheit fügte es, daß sich das auswärtige Amt nach einer Ausbildungsstätte für deutsche Kolonialärzte. Die Einigung mit dem Hamburger Senat war bald. So beschloß man die Gründung dieses Instituts, das nachschon Erweiterungen und Wandlungen in seiner Geschichte von heute tatsächlich unübertreffbar ist.

Malariaforschung des Völkerbunds

Unzählige Beweise sprechen für seine Weltgeltung. Deutschland hat noch längst nicht dem Völkerbund beigetreten, als Koch schon mehrere Reisen des Malaria-Komitees geleitet. Jetzt veranstaltet der Völkerbund alljährlich hier im Institut einen sechswochenlängigen Malaria-Kongress. „Bereitigung der Freunde und Förderer des Tropenstudiums“ sitzen als Ehrenmitglieder zahlreiche Wissenschaftler, Ärzte und Politiker des gesamten Auslands; hier läßt sich zur Fortbildung spanischer und südamerikanischer Ärzte in spanischer Sprache erscheinende Zeitschrift herausgeben, die „Revista medica de Hamburgo“ in steigender Zahl sich an ihre Kolonialärzte zur Ausbildung her; hier arbeiten als Assistenten oder Hörer Ostafrikaner, Indier und Südamerikaner, Araber und Italiener, Holländer, die nach Niederländisch-Indien gehen — wo immer es auch um Zurückweisung ausbrechender Epidemien geht — wo schnelle Hilfe dringend verlangt, Not am Not und guter Rat teuer ist, da holt man die Ärzte dieses Instituts.

Ein Zoo der Seuche

Was in den vielen Laboratorien, die hier vereint sind, erforscht und erdacht wird, kommt in der zeitgemäß hergerichteten Krankenabteilung praktisch zur Anwendung. Experimentiert wird an Tieren. Dem Institut schließt sich das zweitgrößte Tierhaus an, und das ist vielleicht der seltsamste, der reichhaltigste der zoologischen Gärten. Was in den Käfigen und Flecken, die Herden von Affen und Hunden, Scharen Meeresschnecken und Kaninchen, Ratten und weißen Mäusen, Kanarienvögel und Papageien, sie sind samt und sonders wertvolle Träger furchtbarer Krankheiten — Soldaten des wissenschaftlichen Angriffs. Ein Mückenzimmer ist da mit tropischer Temperatur, im Glashausschwarzen giftige Fliegen, nebenan sind sie Klapperfliegen — da haufen sie zu Millionen, die von Wüsten, Würmer, Arthropoden, eingestiftet in den Geweben, lebend vom Blut der Versuchstiere. Koch nennt man diese Tiere Opfer der ärztlichen Experimentierpflicht, aber sie

sind auch — heute schon — Anwärter auf sichere Heilung! Die Erreger und Verbreiter ihrer Krankheiten wissen wir zu vernichten, die Ursachen ihres Siechtums auszurotten.

Draußen im Pavillon leiden Menschen. In lateinischen Worten verkünden die schwarzen Tafeln: Gelbfieber und Schwarzwasserfieber, Schlafkrankheit und Ruhr, Flecktyphus und Felminthen — aber sie verkünden keine Todesurteile mehr!

Gerettete Völker!

Wenn die Wissenschaft uns heute diese Macht verlieh — und wenn es ferner kaum noch Ärzte gibt, die ohne Schulung der mikroskopischen Diagnose nach Heberle gehen — so ist das zu einem großen Teil auf das Konto dieses Instituts zu buchen. Mehr als 1200 wissenschaftliche Arbeiten sind im Laufe der Jahre von ihm veröffentlicht worden; von hier hat die gewaltige Entwicklung wie sie die Tropenmedizin im letzten Jahrzehnt erlebte, ihren Ausgang genommen, hat von hier aus wertvolle Beseitigung erfahren. Hier ist zum erstenmal die Heilung der Schlafkrankheit gelungen — hat „Bayer 205“ (Germanin) mit dieser Heilung erstmalig zum Erfolg geführt — hier wird jetzt Plasmodin erprobt, als erstes — deutsches — Mittel gegen Schwarzwasserfieber, und hier hat man — mit „Vatren 105“ — neue Bahnen zur Bekämpfung der Amöbenruhr erschlossen. Leistungen, die den Dank der Welt für alle Zeiten führen. Zahllosen Menschen wurde geholfen: durch Reisen der Institutsmitarbeiter zu den Kranken und Krankheitsbedrohten, durch umfangreiche vorbeugende Maßnahmen, durch Entdeckung neuer Methoden und Weitergabe dieser Bekämpfungsmittel an Hunderte von Ärzten aller Länder: — hier sind ganze Völker gerettet worden!

Das Urteil im Prozeß Reiners

Der Düsseldorf Staatsanwalt beantragte im Prozeß Reiners wegen Mordes die Todesstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sowie Stellung unter Polizeiaufsicht, wegen Mordversuches acht Jahre Zuchthaus und wegen des qualifizierten Raubes weitere acht Jahre Zuchthaus. Zusammen gerechnet beantragt er gegen Reiners im ganzen zwölf Jahre Zuchthaus. Gegen Arnemann werden zehn Jahre Zuchthaus und gegen Flint vier Jahre Zuchthaus beantragt.

Nach langer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Reiners wird wegen Totschlages zu lebenslänglichen Zuchthaus, wegen Totschlagversuches und Raubes zu acht Jahren Zuchthaus bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Arnemann erhält wegen schweren Raubes zehn Jahre Zuchthaus, Flint wegen des gleichen Deliktes fünf Jahre Zuchthaus. Beiden werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

300000 Mark unterschlagen

Wegen Unterschlagung von etwa 300 000 Mark wurden fünf Beamte der dem Reichsministerium des Innern in Berlin angegliederten Landesaufnahme im Auftrag der Staatsanwaltschaft verhaftet. Die Verhafteten sind Reichsinspektor Blum, Baer, Wendt, Schäfer und der Verwaltungssamtmann Wolf. Die Beschuldigten, gegen die der Reichsinnenminister das Disziplinarverfahren eröffnet hat, sollen seit etwa sechs Jahren mit Hilfe sehr geschickter Buchführungen von den Ländern überwiesene Beträge für Landesvermessungen für sich einbehalten und die Lasten dem Reich aufgebürdet haben.

Wismut gegen Syphilis

Professor Lenabiti vom Pariser Pasteur-Institut hielt in Frankfurt am Main einen Vortrag über seine Arbeit, die sich mit den Prophylaxen gegen Syphilis beschäftigt. Lokale Salbenanwendung, führte er aus, verlagert oft völlig; besser wirken schon gewisse Arsenpräparate, flüssig oder in Pillenform eingenommen. Über diese Stoffe werden zu schnell aus dem Körper ausgeschieden, um einen wirksamen Schutz zu verleihen. Die besten Erfolge zeitigte eine ganz neue Methode: Einspritzung von Wismut. Tierversuche haben gezeigt, daß dieses Metall eine Schutzwirkung von mindestens 152 Tagen verleiht. Jährlich zwei Einspritzungen würden also genügen, um den Organismus gegen Syphilis unempfindlich zu machen! Bei Schimpansen — sie kommen dem menschlichen Organismus am nächsten — konnte unter besonderen Bedingungen sogar eine Schutzfrist von 283 Tagen erzielt werden. Da aber zwischen schützender und heilender Kraft eines Medikaments enge Beziehungen bestehen, ist es möglich, daß im Wismut zugleich das Syphilisheilmittel der Zukunft entdeckt worden ist.

Der neue Berliner Opernintendant

Der bisherige Leiter des Hessischen Landestheaters in Darmstadt, Karl Ebert, wurde in der Ausschreibung der Berliner Städtischen Oper zum Intendanten dieses Instituts gewählt, womit ein einundhalb Jahre lang währendes Provisorium beendet ist. Karl Ebert war bis zum Jahre 1927 Heldenstarke des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin. In Darmstadt bewährte er sich als Nachfolger Ernst Legals, der von hier aus als Leiter des Staatlichen Schauspielhauses nach Berlin ging.

Raubmord in Zwickau

Der Arbeiter Albert Wamznal wurde in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung ermordet. In dem Verbrechen hatte der Täter einen Hammer benutzt, mit dem er seinem Opfer den Schädel zertrümmerte. Nach der Tat schleppte der Mörder die Leiche in den hinter dem Grundstück gelegenen Garten und vergrub sie dort. Unter dem Verbauch, das Verbrechen begangen zu haben, wurde der Arbeiter Albert Freudenburg aus Zwickau heute nachmittag von der Kriminalpolizei festgenommen, der unter dem Druck des gegen ihn vorliegenden Beweismaterials die Tat eingestand. Er will sie begangen haben, um in den Besitz von Geld zu gelangen.

Doppelter Raubmord

Zwei polnische Militärs, ein Offizier und ein Sergeant waren beauftragt, die Gefährten und den Sold des in Sarny stationierten Bataillons des 50. Infanterieregiments, etwa 275 000 Zloty, von Kowel nach Sarny zu bringen. Zwischen den Stationen Antanowka und Rajolowka stellte der kontrollierende Eisenbahnbeamte fest, daß das Abteil der beiden Soldaten leer war. Er bemerkte zahlreiche Blutspuren, die darauf schließen ließen, daß ein Verbrechen verübt worden war. Eine Untersuchungskommission entdeckte die Leichen später am Bahndamm, wo sie mit Erde bedeckt worden waren. Die Mörder sind noch nicht ermittelt worden.

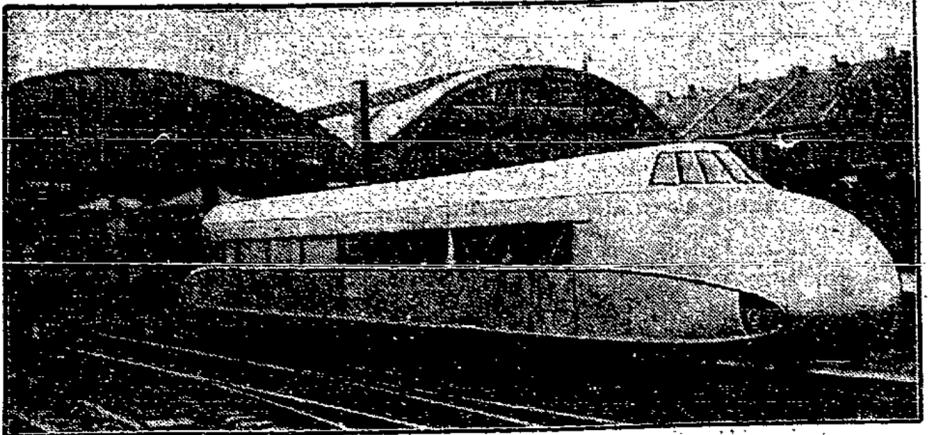
Erdbeben in Süditalien

In dem süditalienischen Gebiet, das von dem Erdbeben im Juli v. J. heimgesucht wurde, sind gestern und vorgestern wiederholt Erdstöße verspürt worden. In Aquilonia wurde gestern vormittag ein starkes Erdbeben registriert, das auch in Avellino verspürt wurde. In Vellei wiederholten sich die Beben dreimal. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Die Bevölkerung wurde in größte Panik versetzt. Die Kathedrale mußte wegen Einsturzgefahr geschlossen werden.

Ungetreuer Kassierer

In Kopenhagen wurde der 31jährige Kassierer des Schwedischen Schiffsbesatzungsvereins Jorgmann verhaftet. Jorgmann wird beschuldigt, seine Arbeitgeber um 300 000 Kronen betrogen zu haben.

Der Schienen-Propeller fährt aus dem Bahnhof Hannover



Der Krudenbergische Propellertriebwagen hat am Sonntag zum ersten Male eine Reichsbahnbetriebsstrecke von größerer Länge durchfahren. Die Versuchsfahrt war erfolgreich. Es wurde eine Höchstgeschwindigkeit von 205 Kilometern erreicht.



Der internationale Qualitätswagen
Ein neuer Schlager zum außergewöhnlich niedrigen Preise 3995.-
 Der 6/30-PS-Innenlenker kostet nur RM.
 Nur die überragende Qualitätsarbeit und die vorzüglichen Konstruktionen in jahrzehntelanger Folge konnten den FIAT-Wagen dauernd ihren Platz in der ersten Reihe der besten Automobile der Welt sichern. Eine reiche Auswahl sämtlicher Modelle finden Sie stets in unserer Verkaufsstelle.
 Breslau, Kaiser-Wilhelmstr. 18/20 / Tel. 33210 Ersatzteillager — Kundendienst — Deutsche Fiat-Automobil-Verkauf A.-G., Berlin-Tempelhof

Aus den Anträgen zum Leipziger Parteitag

Der Parteivorstand hat im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den Wortlaut aller dem Leipziger Parteitag vorliegenden Anträge veröffentlicht. Diese Anträge, die fast zwölf Zeitungspalten füllen, sind ein hervorragendes Zeichen dafür, daß innerhalb der Partei ein reges, heftiges Leben herrscht, das getragen wird von dem Willen, der Arbeiterklasse und damit dem Volke zu dienen. Hinter diesen Anträgen, die sich mit hochaktuellen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dingen so gut beschäftigen wie mit innerparteilichen, stehen kämpfende und wollende Genosseninnen und Genossen. Der Parteitag wird in zielbarer und politischer Abwägung alle Anträge prüfen und über sie entscheiden. Nur in der Sozialdemokratischen Partei hat jedes Mitglied das Recht und die Möglichkeit, seinem politischen Willen Ausdruck zu geben. Auch das beweisen die Anträge. Die gegnerischen Parteien fordern von ihren Mitgliedern nur Opfer, bei den Kommunisten diktiert Moskau, bei den Sozialisten Hiler. Er hat erst vor wenigen Tagen wieder erklärt, daß er befehligt und Gehorsam verlangt. Die Sozialdemokratie hat von der Stunde ihres Bestehens an erkannt, daß nur durch den Willen aller die Geschichte der Menschheit gemildert werden können. Und auf dem Parteitag hat die Parteimitgliedschaft die Möglichkeit — vertreten durch die Delegierten — alle Fragen der Politik bis ins letzte zu prüfen und zu entscheiden.

Wir geben in folgendem einen Auszug aus allen vorliegenden Anträgen:

Zur Tagesordnung beantragen etwa ein Dutzend Orte, einen der neun Abgeordneten zur Frage des Panzerkreuzers als Korreferenten zu bestellen. Zum Referat „Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“ beantragen Breslau, Chemnitz, Hohnhorst, Frankfurt am Main Engelbert Graf als Korreferenten. Kirchhoff will das Ernährungsproblem als besonderen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse

Duisburg bringt hierzu eine Entschließung ein, in der die Verantwortlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die heutige Wirtschaftskrise festgestellt und die Mobilisierung der Massen zum Kampf für den Sturz und die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gefordert wird. „Die Frage Sozialismus oder Kapitalismus ist zur Schicksalsfrage der Menschheit geworden.“ Schmolln fordert, die Parteileitung zu beauftragen, eine schnelle und vorbezügliche Klärung der Forderung vom sozialistischen Standpunkt aus vorzunehmen, „daß die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeiten das Preisniveau ohne Rücksicht auf die Wechselkurse zu stabilisieren haben.“ Berlin, Jizlau, Rudolfsstadt, Nürnberg und Hamburg treten in besonderen Anträgen für die beschleunigte Einführung der 40-Stunden-Woche ein, ferner für die Befreiung des Heberstandes, für zwingende Anmeldung aller offenen Stellen, Einschränkung des Doppelverdienens, der Schwarzarbeit und Zigarbeiter, Regelung der Arbeitsverhältnisse, der Sonntagruhe sowie des Urlaubs für Jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter unter 18 Jahren und Einführung des neunten Bistätigkeitsjahres unter Gewährung von Wirtschaftshilfen. Nürnberg tritt ausdrücklich: „Die Sozialisierung der Wirtschaft ist in den Vordergrund unseres wirtschaftlichen Programms zu stellen und stärker als bisher zu propagieren. Es wird sofort eine Kommission angelegt mit dem Auftrage, den Begriff der Sozialisierung scharf zu umreißen, ihre Bedingungen zu erforschen und ihre Verwirklichung unter besonderer Berücksichtigung des Rationalisierungsprozesses und der internationalen Verhältnisse vorzubereiten. Die Kommission soll dem Parteivorstand bis zum 31. Dezember 1931 einen Bericht vorlegen.“

Die Ueberwindung des Faschismus

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Kiel: In Erwägung der Tatsache, daß die gegenwärtige Hauptaufgabe der Partei der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland und für die Sicherung der demokratischen Freiheit zu sein hat und in der weiteren Erwägung, daß dieser Kampf nur erfolgreich bestanden werden kann, wenn die von jedem Funktionär geforderte unbedingte Disziplin auch von den Mitgliedern der Reichsfraktion geübt wird, beantragt die Hauptversammlung: „Der Parteitag der SPD. in Leipzig möge Beschlüsse beschließen, die eine Wiederholung des Disziplinbuchs, wie von der neun Mitglieder der Reichsfraktion unmöglich machen. Das Verhalten der neun ist durch den Parteitag zu verurteilen.“ Berlin fordert im Kampf gegen den Faschismus Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Körperschaften: „Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere die notleidenden Wählermassen, die noch im feindlichen Lager stehen, durch eine energische, planvoll vorbereitete und nachschauende soziale Politik zu gewinnen.“ Breslau fordert eine sozialistische Wehrorganisation in der Art des Österreichischen Schutzbundes. Koblenz verlangt die uneingeschränkte Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus. Koblenz billigt deshalb die Politik der Reichsfraktion, insbesondere die Erklärung, die der Parteivorstand bei der Abstimmung über den Beirat abgegeben hat. Es verlangt Geschlossenheit der Bewegung und verurteilt die Haltung der neun.

Partei und Jugend

Bezirksverband Brandenburg stellt fest, daß die Aufgaben der Jungsozialistischen Bewegung nicht erfüllt worden sind. Er erklärt, daß diese Bewegung keine Lebensberechtigung hat. Der Bezirksverband beantragt die Auflösung der Bewegung im gesamten Reichsgebiet. Er schlägt vor, die jüngeren Parteimitglieder zu aktiver verantwortlicher Mitarbeit heranzuziehen, ihre politische Orientierung zu schulen und ihre innere Verbundenheit mit der sozialistischen Gedankenwelt und der Partei zu vertiefen. Die Parteimitglieder bis zum 25. Lebensjahr sind nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in Arbeitsgruppen zusammenzufassen, deren Richtlinien vom Parteivorstand festgelegt werden. Kiel verurteilt die Haltung und Tätigkeit verschiedener jungsozialistischer Gruppen. Es beantragt ebenfalls die Auflösung im gesamten Reichsgebiet. Jizlau lehnt die Auflösungsbestimmungen ab, die der Reichsausschuss der Sozialistischen Arbeiterjugend am 11. Januar 1931 zu den Verbandsgruppen beschloß. Es verlangt vom Parteitag die Aufhebung der Auflösungsbestimmungen. Ansbach nimmt die gleiche Haltung ein. Hamburg fordert eine enge Verbindung zwischen Jugend, Partei und Kinderfreunden. Es wendet sich gegen die unzureichende Tätigkeit der Jungsozialisten und verlangt, daß über parteiorganisatorische und parteipolitische Fragen nur Parteimitglieder und Parteiorganisationen zu entscheiden haben. Es lehnt Heranziehung der Jugend zur Parteiarbeit und eine feste Zusammenfassung aller jüngeren Parteimitglieder, etwa bis zum 30. Lebensjahr, ab.

Zum Bericht der Reichsfraktion

Hegen allein mehr über hundert Anträge vor. Reichsverband Brandenburg, Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Döhlen, Götting, Hamburg, Hannover, Harburg, Kassel, Köln, Cölnberg, Osnabrück, Stettin, Straßburg beantragen: „Die Abstimmung der neun Abgeordneten im Reichstag als Disziplinbruch zu verurteilen.“ Zwei dieser grundsätzlichen Anträge werden im Wortlaut veröffentlicht.

Hamburg behauptet, daß mitten im schärfsten Abwehrkampf der Partei gegen den Verfall der faschistischen Gewaltorganisationen des Kapitalismus, die Staatsgewalt zu erobern, um mit ihrer Hilfe und unter ihrem Schutz die Grundzüge der Arbeiterklasse, Demokratie und Republik völlig zu vernichten, neun Mitglieder der Fraktion aus der gemeinsamen Front ausgebrochen sind... Der Parteitag betrachtet die Abstimmungsanweisung des Parteivorstandes Chemnitz-Zwickau an seine Reichstagsabgeordneten als eine Anmaßung und spricht ihm und den neun Disziplinbrechern seine allerhöchste Mißbilligung aus.“ Die Konferenz der Reichsfraktion Götting fordert vom Parteitag in Leipzig strenge Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher. Der Parteitag wird ferner ersucht zu beschließen, daß genau so wie für die Landtagsfraktion in Preußen auch für die Fraktionen der übrigen Parlamente einheitlicher Abstimmungsdruck gelten soll.

Ansbach, Arnstadt, Breslau, Bochum, Drebach, Düsseldorf, Eppendorf, Frankfurt a. M., Langensiefen, Eßau, Ludenwalde, Merzbach, Nordorf, Osternwalde, Niederriedersdorf, Rastgen, Remig, Salzgemeinde, Waldenburg, Weiskstein beantragen: „Die Abstimmung der neun Abgeordneten im Reichstag zu billigen.“ Auch hierzu wird der Wortlaut zweier größerer Anträge veröffentlicht: Salzgemeinde: „Der Parteitag nimmt an, daß die neun Genossen eine Parteischädigung keineswegs beabsichtigt haben, sondern aus innerem Verantwortungsbewußtsein und Ueberzeugung gehandelt haben. Ueber etwaige Ausschlußanträge geht der Parteitag zur Tagesordnung über.“ Waldenburg i. Sa. erklärt sich mit den neun Genossen, welche offen gegen die Bewilligung von Mordwaffen im Reichstag stimmten, solidarisch.“

Auch Berlin nimmt zur Panzerkreuzerabstimmung Stellung: „Der formale Bruch der Fraktionsdisziplin durch die Abgeordneten, die gegen den Bau der Panzerkreuzer stimmten, erfährt keinerlei Abmildung durch irgendwelche organisatorischen Maßnahmen. Der Berliner Bezirksparteitag steht aber auch auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der Disziplin in allen Körperschaften unter Wahrung der Gewissensfreiheit für parlamentarische Abstimmungen, wonach diejenigen, die einen Beschluß der Fraktion nicht vertreten können, ohne Aufsehen zu erregen, der Abstimmung fern bleiben.“

Ferner fordert Berlin einen Gehörtsauftrag, der eine grundsätzliche Festlegung und Kürzung aller Spitzengehälter der höheren Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden, sowie bei der Reichsbank und der Reichseisenbahn, vorseht. Auch Nürnberg (Saale), Ansbach, Zwickau, Köln fordern Regelung und Kürzung der hohen Spitzengehälter.

Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 kritisieren und ihre Aenderung in den verschiedensten Punkten verlangen: Beuthen, Berlin, Duisburg, Rudolfsstadt. Gegen die Verordnung vom 28. März 1931 erheben Broitzsch Schwerin (Medienburg), Rastgen, Nauen, Cappersdorf. Einzelne Orte wünschen von der Reichsfraktion, dahin zu wirken, daß die Notverordnung vom 28. März aufgehoben wird. Duisburg: Die Reichsfraktion wird beauftragt, für die schnellste Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu sorgen, um weiteren Uebergriffen und Mißbräuchen mit dem Artikel 48, besonders durch die jetzige Regierung vorzubeugen. Meissen fordert, alles daran zu setzen, daß die Bedrückung der Rechte, insbesondere Werberechte der Dissidenten durch Polizeimaßnahmen verhindert wird.

Mit der Herabsetzung der Altersgrenze für Alters-, Invaliden- und Angestelltenrenten auf mindestens 60 Jahre beschäftigen sich Anträge aus Meissen, Zwickau, Stettin, Eßau, Dresden, Frankfurt am Main, Harburg, Rudolfsstadt, Berlin und andere Orte. In den gleichen Anträgen wird der Ausbau der Alters-, Invaliden- und Angestelltenversicherung gefordert, Verkürzung der Arbeitszeit für alle Betriebe, Herabsetzung des Schulalters durch Verlängerung der Schulzeit in den Volksschulen. Ferner werden Deckungsanträge gemacht durch Einführung neuer Beitragsklassen in der Alters- und Invalidenversicherung, durch Ausbau der hohen Gehälter und Pensionen. Auch mit der Sicherung der Arbeitslosenversicherung und der Abwehr aller Abbaubestrebungen beschäftigen sich Anträge aus Berlin, Stettin und Waldenburg. Neben diesen Anträgen an die Reichsfraktion verlangt Probstzella ihre Verpflichtung, unzweideutig und energisch für die Bergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten. Auch Beuthen, Köln beschäftigen sich mit dem Schutze der Alters-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Delmenhorst will die Reichsfraktion beauftragen, zur Verringerung der Wirtschaftskrise für eine gesetzliche Herabsetzung der Zinsfüße um 2 bis 3 Proz. einzutreten.

Esleben wünscht eine positive Prüfung des geltenden Wohlfühlens und an seiner Verbesserung aktiv mitzuwirken. Dazu soll das Problem zur freien Diskussion gestellt werden. Redwitz a. R. stellt fest, daß das heutige Elend nur durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung beseitigt werden kann. Es fordert, daß die Reichs- und Landtagsfraktionen dieses Ziel bei all ihren politischen Entscheidungen nicht außer Acht lassen mögen. Keuth bei Kassel beantragt: „Der Reichsfraktion wird das volle Vertrauen ausgesprochen, insbesondere für die Etatberatungen, die eine schärfere Zukunft für die schaffende Bevölkerung (Kabinettsjuris) vermeiden.“ Meissen (Saale), Cölnberg und andere Orte treten für Aenderung bzw. Ausbau der Krisenfürsorge ein. Frankfurt a. M. fordert, daß die Reichsregierung den von der SPD. gewünschten Gesetzentwurf über die Doppelverdienende dem Reichstags endlich vorlegt. Es verlangt Herabsetzung der gesetzlichen Renten und Heranziehung der Hausbesitzer zur Tragung der Lasten. Es will weiter, daß die Sparmaßnahmen sich nicht auf die nichtbeamteten Angestellten auswirken.

Mit der Handelspolitik beschäftigen sich ebenfalls die verschiedensten Anträge. So fordert Berlin die schnellste Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und die Niederrettung der Zollmannern.

Köln wendet sich gegen das Ueberhandnehmen des Berechtigungswehens. Breslau macht die Prügelstrafe in den Volksschulen und fordert dort, wo sie noch zugelassen ist, ihre Abschaffung. Röhlinghausen verlangt angeschlossen der wachsenden Universitätsreaktion eine besondere Notgemeinschaft sozialistischer Wissenschaft. Stettin wünscht die Entschärfung bei der Einstellung diffidentlicher Lehrer. Duisburg unterstreicht die Bedeutung der Weisthischen Schule und erklärt: „den Mitgliedern der Partei erwächst die doppelte Verpflichtung, die Weisthische Schule durch Einschaltung ihrer Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern und durch Zugehörigkeit zum Bunde der Freien Schulgesellschaften Deutschlands den Kampf für die Weisthischen Schulen aktiv zu fördern.“ Auch Harburg bringt einen Antrag zu Schulfragen. Berlin, Niederelbe, Duisburg, Rudolfsstadt, Breslau und Magdeburg legen sich für die Befreiung von 213 SGB ein und fordern von der Reichsfraktion das gleiche. Berlin formuliert zwei Paragrafen zum Straßengesetz, in denen die wesentliche Abmilderung durch Verzeihung geregelt werden soll. Salzgemeinde beantragt Beratungsstellen für Erwerbslose. Der Berliner Bezirksverband fordert den Erfolg der Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung und Familienversicherung und Kurzarbeiter. Magdeburg wendet sich entschieden gegen die Preissteigerung und fordert von der Reichsfraktion, ihren ganzen Einsatz aufzubieten, damit die Erhöhung rückgängig gemacht und die Verteuerung verhindert wird. Es fordert weiter eine Kommission des Parteitag, die sich mit der Vereinfachung des gesamten Sozialversicherungswesens beschäftigen soll.

Beuthen ersucht den Parteitag, zur Kinderrentenfrage Stellung zu nehmen und geeignete Maßnahmen zu beschließen. Es fordert weiter: Schmalldorf: einen entsprechenden Gehörtsauftrag für die im nächsten Reichstagen einzutragen und eine Aktion dafür durchzuführen; Keuth: den Reichstagsabgeordneten, die aus unbedingten Gründen die Sitzungen auf längere Zeit verfallen, die Distanz zu entziehen; Bremerhaven, mit der Regierung in Verbindung zu treten, dahin zu wirken, die Abwehrkraft der Richter im Interesse des Ansehens der Republik zeitweise durchzuführen; Esleben: energisch eine

radikale Säuberung der Reichsbehörden von staatsfeindlich gestellten Beamten und Angestellten vorzunehmen, eine fanatische Personalpolitik zu betreiben und dem Bemühen entgegenzuwirken, das in der Verwaltung das Lügenhafte auszuspalten will.

Zum Bericht des Parteivorstandes

verlangt Berlin in zwei Anträgen, daß Parteivorstand und solchden Vertreter in Gemeinden, Staat und Reich auf die Sanierung der Verwaltung und Justiz ihr Augenmerk richten sollen. Kassel, Schmolln, Holzhausen, Triberg fordern eingehende Diskussion über die Fragen der Geld- und Währungsreform. Hamburg, Delmenhorst, Gera, Sulzfeld, Probstzella, Meier beschäftigen sich mit Fragen der Parteibildungs- und -arbeit. Hamburg fordert die Einrichtung einer Reichsversammlung, daß jedes Parteimitglied auch die Parteizentrale und der Parteitag den bereits international gewordenen „Freundschaft“ zum offiziellen Gruß aller Parteimitglieder Waldenburg i. S., Götting und Gera fordern für die Parteimitgliedschaft, entsprechend ihrer Stärke, das Recht der Vertretung in zentralen Parteikörperschaften. Redwitz, Altona, Berlin, Straßburg stellen Forderungen zur Auflösung von Doppelmandaten. Doppelmandate sollen nicht vergeben und über 60 Jahre alt werden nicht aufgestellt werden. Dresden, Weiskstein, Bochum fordern, daß sich der Parteivorstand damit beschäftigen möge, die Ueberorganisation in der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Abstimmungen der Mitgliedschaft in wichtigen Fragen. Bochum (Bezirk Zwickau) und Chemnitz. Berlin verlangt Anträge, daß der Parteitag beschließen möge, daß Genossinnen bürgerlichen Frauenorganisationen sich politisch nicht betätigen sollen, daß weiter die Mitgliedschaft in bürgerlichen Sportorganisationen unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei. Hamburg wünscht Reichstags- und Parteivorstand zu beauftragen, sich mit den europäisch-schweizerischen Fragen zu beschäftigen. Es verlangt weiter auf die Ordnung des nächsten Parteitag zu sehen: „Die deutsche reform.“ Auch Magdeburg verlangt die Förderung des Zinsfußes der deutschen Länder. Weiter will Hamburg, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion zur Behebung der Ueberorganisation mit der sozialistischen Internationale und den parlamentarischen Körperschaften die Abstimmungsverhandlungen so fördern, daß ein Erfolg erzielt wird.“ Berlin fordert Propaganda für Erfahrungsausschüsse in allen parteiorganisatorischen Kreisen zu unterbreiten habe, da die Erfahrungsausschüsse heftige Krankenversicherung gefährden. Zwickau, Plauen beschäftigen sich mit dem Reichsschutz für Parteimitglieder, währ werden kann, die in unmittelbarer Tätigkeit für die unverschuldet mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen. Se ein Antrag aus Schmalkalden und Erfurt wünschen eine Regelung des Werksbeitrages, der von den Parteimitgliedern an den Parteivorstand und an die Konzentration A.-G. abzuführen. Hindenburg (Oberelbe) beschäftigt sich mit Grenz- und schaftspolitischen Fragen an der deutschen Grenze und daß Parteivorstand, Reichstagsfraktion und preussische Reichsfraktion eine innerpolitische Ostkommission bilden, welche Fragen besonders zu bearbeiten hat. Magdeburg bittet, die Aufgabe einer Bauernzeitung zu beschließen, da viele Bauern das Vertrauen zum Reichslandbund verloren. Durch die Bauernzeitung sollen Kleinbauern und kleine Pächter den Zielen der Partei bekannt gemacht werden. Magdeburg will weiter, daß die Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf über die durch die verordnete Zwangsorganisation der Industrie krollen gewordenen Arbeiter besonders einschneidend unterstützt werden. Niederwinkeln bei Waldenburg will die „Religion ist Privatfache“ aus dem Programm gestrichen werden.

Zum Organisationsstatut

Hierzu wird beantragt: Von Breslau, der „Parteitag“ aus den in den Bezirksverbänden gemählten Delegierten, die Anzahl 300 nicht übersteigen soll, zusammenzusetzen... Mit der Stimme sollen teilnehmen: die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission, der Reichsfraktion und die vom Parteivorstand berufenen Reichsfraktionen. Hamburg: Vertrauensämter sollen erhalten, wer seit mindestens zwei Jahren endgültig Mitglied der Partei ist; Hannover: einen ähnlichen Antrag zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten für Mandate sollen nur gewählt werden, wer vier Jahre der Partei angehört. Frankfurt am Main: Wahlvorschlüsse für Reichs- und Landtag werden durch Urwahl festgestellt und vom Parteitag nach beschloffen; W.-Barmen: die Höhe der Wochenbeiträge nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Unterbezirke und Ortsvereine festgesetzt; Frankfurt am Main: gliedern der Jugendorganisationen, Invaliden und Erwerbslosen Beitragsermäßigung gewährt werden; weiter stellen Frankfurt am Main und Wiesbaden einen ähnlichen Antrag. W.-Barmen: Herabsetzung der Parteibeiträge, der Beitrag für die Internationale einschließen sollen; Delmenhorst, Cölnberg: niedrigere Beiträge für Frauen; Meissen (Saale), Stettin, Kleindembach, Delmenhorst, München, Walde, Hamburg-Stade, Wanne-Röhlinghausen, Gera beschäftigen sich mit der Kassierung und Neuregelung der Sonderbeiträge. Teil wird verlangt, daß die Beiträge, die von höher beschafften Genossen und Genossinnen abzuführen sind, in die Ortsparteien fließen.

Weiter wird gefordert, daß auch die im Afa-Bund und im Allgemeinen Deutschen Beamtentum organisierten Genossinnen und Genossen den zur Unterstützung der ausgebeuteten arbeitenden Parteimitglieder erhabenen Sonderbeitrag der Angestellten Arbeiterbewegung diese Beiträge aufbringen. Ferner wird in verschiedenen Orten Bericht über das bisherige Aufkommen der Beiträge gewünscht. Arnstadt beantragt die Berücksichtigung der Beiträge der Parteiangestellten. Erfurt, Bremen, Chemnitz, Döhlen, Duisburg, Halle a. d. S., Harburg, Köln a. Rh., München, Delmenhorst, Wiesbaden und Zwickau beantragen: Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, für deren Berufe freie Gewerkschaften sind verpflichtet, sich freiergewerkschaftlich zu organisieren. Das gilt für die Kandidaten für Reich, Länder und Gemeinden. Freiergewerkschaftliche Organisationen für sie vorhanden sind. Ausübung des Stimmrechts auf dem Parteitag und der Delegierten beschäftigen sich im Sinne des oben erwähnten Antrages Chemnitz, Braunshweig, Stettin, Frankfurt a. M., Harburg, Arnstadt, Bremen, Duisburg, Kleindembach, Cölnberg, Spitzersdorf. Arnstadt wünscht eine 50prozentige Ermäßigung vom Magdeburger Parteitag beschlossenen Kampfbudgets weiter: das vom Parteiaussschuss beschlossene Budget der Abgabe für die höheren Einkommen zu erhöhen und das Opfer an die Arbeiterbewegung abzuführen. Döhlen, Meissen, ohne Beitragsermäßigung eine Steuerentlastung von 25 bis 30 beim Ableben eines Mitgliedes, das drei Jahre der Partei angehört. Zwei Anträge aus Frankfurt a. M. verlangen Statutenänderung, Aufstellung von Kandidaten und zur Wiederaufnahme ausgefallener Parteimitglieder.

In sonstigen Anträgen wendet sich Berlin gegen Entschleunigung und Beschleunigung diffidentlicher Lehrer. Götting, Halle a. d. S., München fordern die Förderung der Arbeiterbewegung und die Erlernung des Esperanto als ein Mittel der Völkerverständigung und der Verständigung. Auch Koburg stellt einschneidende Anträge. Götting (Rheinland) beantragt den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten. Köln stellt den Antrag für Köln, Mainz für Mainz abzuhalten. Köln stellt den nächsten Parteitag in Altona abgehalten haben.